

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/20. Jg.

Mitteilungsblatt

Mai 2014

Zu diesem Heft:

In dieser Nummer werden zunächst die Vorträge von Heinz Niemann und Wolfgang Triebel auf unserem am 1. März d. J. stattgefundenen Kolloquium „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl“ dokumentiert. Mit diesem Kolloquium knüpften wir an eine Reihe unserer Veranstaltungen an, die der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung gewidmet waren: dem Kautsky-Kolloquium 2004, der Konferenz „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“ im Februar und dem August-Bebel-Kolloquium im August 2013.

H. Niemann und W. Triebel machten deutlich, wie Breitscheid und Grotewohl sich der fatalen Konsequenzen bewusst wurden, die sich für die Politik der SPD aus ihrer Bindung an den bürgerlichen Staat und die Koalition mit bürgerlichen Parteien ergaben, und um einen Ausweg aus diesem Dilemma rangen. Bei Breitscheid bewirkte dies zunehmende Distanz zum rechten Führungszirkel um Wels und Agieren im Sinne der antifaschistischen Einheits- und Volksfront. Grotewohl wurde zum führenden Antipoden der sturen antikommunistischen Spaltungspolitik Schumachers und zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des Ringens um ein antifaschistisches, antiimperialistisches und sozialistisches Deutschland.

Ferner enthält diese Ausgabe zwei Einführungsvorträge auf Berliner Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises. Jörg Roesler zeichnet ein eingehendes, differenziertes Bild der Geschichte des RGW. Er wendet sich dagegen, sie einseitig von ihrem Ende her zu betrachten. Unter Berücksichtigung vielfältiger, konträrer Sichten arbeitet er die lange Zeit erfolgreiche Entwicklung des RGW heraus und analysiert die Widersprüche, die er nicht zu lösen vermochte, die vertanen Chancen. Heinz Karl äußert sich anlässlich des 90. Todestages W. I. Lenins zum Problem der Wirkungsmächtigkeit und der Aktualität der Leninschen Ideen, insbesondere hinsichtlich des sozialistischen Staates, der revolutionären Partei und der Neuen Ökonomischen Politik.

Abschließend gibt diese Nummer einen Überblick über die Konferenzen und Donnerstag-Veranstaltungen des Arbeitskreises von Juni bis Dezember 2014.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Karl Zur Eröffnung des Kolloquiums „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl“	S. 3
In eigener Sache	S. 3
Prof. Dr. Heinz Niemann Dr. Rudolf Breitscheid – ein Sozialdemokrat in Entscheidungssituationen	S. 4
Prof. Dr. Wolfgang Triebel Otto Grotewohl, antifaschistischer Streiter gegen Krieg und Militarismus	S. 14
Prof. Dr. Jörg Roesler Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: Erfolge und Defizite	S. 22
Prof. Dr. Heinz Karl Lenin – aktueller denn je!	S. 31
Veranstaltungen des Arbeitskreises, Juni – Dezember 2014	S. 39

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per E-Mail zur Verfügung gestellt.
E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion bzw. eine der in den Veranstaltungshinweisen genannten Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2014.

Prof. Dr. Heinz Karl

Zur Eröffnung des Kolloquiums „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl“

Anlass unseres Kolloquiums sind zum einen der bevorstehende 120. Geburtstag Otto Grotewohls am 11. März sowie sein 50. Todestag am 21. September dieses Jahres. Zugleich ist es uns ein Bedürfnis, Rudolf Breitscheids zu gedenken, der vor 130 Jahren, am 2. November 1874, geboren wurde und vor 70 Jahren, am 24. August 1944, im KZ Buchenwald den Tod fand.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass wir vor fast zehn Jahren (am 16. Oktober 2004) ein Kolloquium anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Kautsky, des bedeutenden Theoretikers und wohl wirkungsmächtigsten Propagandisten des Marxismus, durchführten. Es war *die einzige* ihm damals gewidmete wissenschaftliche und überhaupt öffentliche Veranstaltung in Deutschland. Ebenso war es für uns eine Selbstverständlichkeit, im vergangenen Jahr anlässlich seines 100. Todestages mit einem Kolloquium die historische Leistung und das aktuelle Vermächtnis August Bebels zu würdigen.

Die SPD feierte 2013 ihre „150 Jahre“ – für uns Anlass, auf einer Konferenz am 23. Februar vorigen Jahres einen Blick auf ihre *reale* Geschichte – mit Eckdaten wie 1914, 1918/19, 1933, 1945/46, 1959 und die Regierungen Brandt, Schmidt und Schröder – zu werfen. Heinz Niemann schloss damals seine Bilanz dieser Geschichte mit der Einschätzung: „Einen Politikwechsel mit der Chance zum Einstieg in einen gesellschaftlichen Transformationsprozess in einem ‚sozialdemokratischen 21. Jahrhundert‘ wird es mit dieser SPD nicht geben! ... Es ist die historische Herausforderung der Linkspartei, die Rolle einer Partei für eine anti-kapitalistische systemüberwindende Reform- und Transformationspolitik im 21. Jahrhundert zu übernehmen.“

Der herannahende 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges lenkt unser Augenmerk auf *den gravierendsten Einschnitt in dieser Geschichte* – den 4. August 1914. Er offenbarte eine Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der nach-bebelschen, der *reformistischen* Sozialdemokratie: ihren *Differenzierungsprozess*.

Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl sind dafür markante Beispiele. Breitscheid zog wesentliche Lehren aus der Entwicklung der SPD bis 1933.

Grotewohl zog aus seinen Erfahrungen drei entscheidende Schlussfolgerungen: 1. Vereinigung in *einer* revolutionären sozialistischen, marxistischen Partei im Geiste August Bebels. – 2. Schaffung eines Staates, der die Macht des Kapitals *bricht* und den Weg zur Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft öffnet. – 3. Eine Politik des Friedens, deren *reale Basis* diese grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist.

Wie die Geschichte zeigte – ich nenne nur zwei Namen: Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine -, ging dieser Differenzierungsprozess weiter, *und er ist nicht zu Ende!*

Die gegenwärtige Entwicklung und Haltung der SPD wirft vor allem zwei Fragen auf: 1. Wie ist der gegenwärtige Kurs der SPD im Rahmen der Entwicklung von BRD, EU und NATO zu bewerten? – 2. Wie ist mit *dieser* SPD umzugehen?

Das Erbe von Rudolf Breitscheid und insbesondere von Otto Grotewohl kann helfen, auf diese Fragen die richtigen Antworten zu finden.

In eigener Sache

Da die Kosten für Vervielfältigung und Postversand 2014 nicht mehr wie bisher vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE übernommen werden, wird die *Geschichtskorrespondenz* ab Nr. 1/2014 nicht mehr auf dem Postwege, sondern nur noch per *E-Mail* versandt. Wir bitten alle bisherigen Bezieher der Printausgabe, uns ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) *E-Mail-Adresse* mitzuteilen, damit wir Ihnen auch weiterhin die *Geschichtskorrespondenz* übermitteln können.

Prof. Dr. Heinz Niemann

Dr. Rudolf Breitscheid – ein Sozialdemokrat in Entscheidungssituationen

Natürlich kann man die Entscheidungen anderer Menschen so oder so beurteilen, bei wesentlichen politischen etwa, durch die man selbst tangiert wurde oder von denen damals andere Menschen betroffen waren, ganz persönlich, subjektiv positiv bewerten oder negativ verurteilen. Für den Historiker, der das politische Handeln von Akteuren analysiert, ist das komplizierter. Er muss sich in die Handlungsbedingungen, die Zwänge jener Zeit hineindenken, sich fragen, was konnte der damalige Akteur wissen, was wusste er tatsächlich, wie war seine Interessenlage und gab es eventuell Alternativen?! War die jeweilige Person von ihrem Charakter, ihrer Sozialisation und Wissensstand zu alternativen Entscheidungen fähig? In der Politik haben wir es mit einer Massenerscheinung zu tun und keine historische Persönlichkeit kann losgelöst vom gesellschaftlichen Umfeld völlig autonom entscheiden und handeln.

Wie die jeweilige Politik dabei auf die Bewertung einer historisch bedeutsamen Persönlichkeit bei der Nachwelt wirkt, konnte man nach der Wende auch am Beispiel des Umgangs mit Breitscheid studieren. Vielleicht erinnert sich jemand, dass im Sommer 1990 der damalige Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, eine Kaserne der NVA mit dem Namen Breitscheid umbenannte, übrigens ohne irgendeinen Protest der sich noch Sozialdemokratische Partei der DDR nennenden Vereinigung noch seitens der SPD der BRD. (Zumindest wurde er von dieser nicht zu den wichtigen Persönlichkeiten der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gezählt, denn in dem 1986 erschienenen >Lexikon des Sozialismus< z. B., an dem neben ausländischen bekannten Autoren herausragende Persönlichkeiten der SPD wie Brandt, Eppler, Vogel u.a. mitgearbeitet haben, wird er nicht erwähnt. Nur mal zum Vergleich, wer für wichtiger befunden wurde, ein paar Namen: Otto Braun, Otto Brenner, Willy Eichler, Fritz Erler, Karl Frank, Marie Juchacz, Carl Legien, Carlo Schmid, Erwin Schoettle.) In der Chronik der Deutschen Sozialdemokratie wird Breitscheid bis 1933 20mal und dann nur einmal 1944 (Todesnachricht) erwähnt. In jüngsten Publikationen zum 150. Jahrestag kommt er nicht vor.

In der DDR gab es etliche Hundert Straßen und Einrichtungen mit Breitscheids Namen, mehrfach Sonderbriefmarken (3x), ein Frachtschiff war nach ihm getauft; fast alles wurde nach 1990 umbenannt, die Breitscheidstraße in Berlin bekanntlich wieder in >Wilhelmstraße<, nach welchem >Wilhelm< auch immer benannt, auf jeden Fall nach einem Monarchen, der für den Tod von ungezählten Soldaten in mehreren Ländern mitverantwortlich war, der offenbar besser als ein SPD-Politiker, der Zeit seines Lebens für Frieden und Abrüstung eingetreten war, zu diesem neuen Deutschland passt.

Nur zur knappen Erinnerung an die wichtigsten Lebensdaten Breitscheids: 1874, vor 140 Jahren wurde er als Sohn im kleinbürgerlichen Milieu eines Kölner Buchhandlungsgehilfen geboren, besuchte dort auch das Gymnasium und studierte danach von 1894 bis 1898 in München und Marburg Nationalökonomie. In Marburg wurde er Mitglied der Burschenschaft Arminia. Er schloss das Studium mit der Promotion ab. (Dissertationsthema: Die Landpolitik in den australischen Kolonien) Der junge Dr. Breitscheid arbeitete bis 1905 als Redakteur und Korrespondent bürgerlicher und liberaler Zeitungen. Ab 1903 Mitglied der liberalen Freisinnigen Vereinigung, wurde er 1904 sowohl in die Berliner Stadtverordneten-Versammlung als auch in den Brandenburgischen Provinziallandtag gewählt. Seine erste hervorstechende politische Entscheidung war sein Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung 1908, da er mit deren Zusammenarbeit mit dem Bülow-Block nicht einverstanden war. (Bernhard Graf/Fürst von Bülow war seit Oktober 1900 Reichskanzler, Preußischer Ministerpräsident und Minister für Auswärtige Angelegenheiten.) Bülow war bekanntlich ein Vertreter der sog. >Mauseringpolitik<, die auf die Wandlung der Sozialdemokratie zu einer braven Opposition zielte. Darum hatte er schon in seinem ersten Amtsjahr die Rückkehr von Bernstein aus England in die Wege geleitet und sich später gefreut, dass dies >nicht immer zur Freude des fanatischen August Bebel<¹ war, und Bülow war es auch, der 1903 im Reichstag den SPD-Abgeordneten zurief, er wünsche ihnen einen >Millerand<.²

Auch das dürfte Breitscheids Empathie für die SPD gestärkt haben, vor allem aber sein immer deutlicher werdender Anti-Imperialismus und seine Kritik am russischen Despotismus, dazu die brutale Kolonialpolitik unter Bülow's Spruch vom *Platz an der Sonne* wie der offensichtliche Übergang zu einer Hochrüstungspolitik mit entsprechenden Folgen für die Finanzen drängten ihn zu sozialdemokratischen Positionen. Nach einem kurzen Intermezzo bei der linksliberalen Deutschen Vereinigung (DV), wo er sogar kurzzeitig Vorsitzender war bis zur Reichstagswahl 1912, bei der er aber scheiterte, trat er der SPD bei, in der nach Bebels Tod deutlich die reformistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Positionen hervortraten.

An Breitscheids Übertritt zur SPD kann man noch ein allgemeines Problem verdeutlichen. Es gab ganz offensichtlich einen beiderseitigen Annäherungsprozess von reformistischer Sozialdemokratie und Liberalismus. Die Wandlung der SPD wirkte auf den Standortwechsel der Liberalen ein, die sich nicht nur von den Konservativen lösen wollten, sondern zugleich einen neuen Bündnispartner suchten und fanden. In dem Stammland der Liberalen, dem Großherzogtum Baden, hatten beide Landesverbände schon 1905 ein Abkommen bei einer notwendigen Stichwahl geschlossen, um den Kandidaten der Nationalliberalen und des Zentrums zu schlagen. Dieses Bündnis hielt bis 1913 (und wurde nicht von der Landes-SPD aufgekündigt). Zusammen mit der schleichenden sozialen Differenzierung in der Arbeiterklasse und damit der Mitgliedschaft, die immer weniger marxistisches Wissen vermittelt bekam, erklärt das, warum nach Bebels Tod nicht Liebknecht oder Luxemburg die Führung errangen, sondern über den vermittelnden personellen Zwischenschritt Hugo Haase schließlich Ebert und Co. die Spitze beherrschten. Es bedurfte einer großen Krise, um die Chance, dies zu korrigieren, entstehen zu lassen.

Der Burgfriedenspolitik Eberts nach der Schmach des 4. August 1914 stand Breitscheid bald kritisch gegenüber, was er in einer von ihm herausgegebene Pressekorrespondenz auch öffentlich machte. So war es nur folgerichtig, dass er 1917 zur USPD wechselte, für die er ab November 1918 bis zur Rückkehr in die SPD 1922 ein Organ >Der Sozialist< herausgab. Nach der Revolution war er für sechs Wochen (zusammen mit dem SPD-Mann Paul Hirsch) Preußischer Innenminister, bis 1920 USPD- und nach der Vereinigung mit der SPD ohne Unterbrechung SPD-Reichstagsabgeordneter, seit 1928 einer der drei Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses und außenpolitischer Sprecher der SPD, seit 1931 Beisitzer im Parteivorstand. Außerdem war er Mitglied der deutschen Delegation beim Völkerbund, Mitglied im Präsidium des Komitees Pro Palästina. Mit dem Erstarken der Nazis wurde er eine bevorzugte Zielscheibe rechtsradikaler und nazistischer Angriffe und Verleumdungen, die ihn Anfang März 1933 zur frühen Flucht ins Ausland zwangen.

Seine kleinbürgerliche Herkunft, seine frühe politische Sozialisation wie sein Bildungsweg haben zweifelsohne eine Rolle gespielt, wenn er in seiner politischen Laufbahn vor Entscheidungssituationen gestellt war, sich so und nicht anders entschieden hat, sicher stets auch von seinen persönlichen Interessen beeinflusst. Sicherung eines guten sozialen Status, der an parteikonforme Mitwirkung und an gehobene Positionen gebunden war, gehörte dazu. Breitscheids Entscheidung, sich der stets in Wartestellung befindlichen potenziellen Regierungspartei anzuschließen, hat sich für seine persönliche Karriere für die nächsten 10 Jahre ausgezahlt und war gekoppelt an die zwar oft nicht unkritische, aber letztlich und grundsätzlich zustimmende Position zur Parteilinie.

Beispiele für eigenes Denken und kritische Distanz waren etwa 1921 seine Ablehnung einer großen Koalition mit der DVP, dass er 1922 entgegen Eberts Ablehnung von Rapallo diesen Vertrag als >Wechsel auf die Zukunft< begrüßte, wenn er 1923 Reichskanzler Cuno als waschechten Monarchisten und seine Regierung als Rückschlag für die SPD erklärte. Zwar wurde er nach Cunos Sturz als Außenminister der Nachfolgeregierung gehandelt, aber Reichspräsident Ebert mochte den intellektuellen promovierten Quereinsteiger, mit seinen guten Umgangsformen stets eine gute Figur machenden Gentleman nicht, der auch noch kritische Positionen vertrat. So nannte er Ebert den Hauptverantwortlichen für die Reichswehrexekution gegen die Arbeiterregierung in Sachsen.

Am 2. April 1930 griff er in einer großen Rede im Reichstag Brüning an: >Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist, die gedankenmäßig verbunden sind mit dem thüringischen Minister Frick. Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht.<

Mit einem Hauptreferat auf dem Leipziger Parteitag "Die Überwindung des Faschismus" beauftragt, folgte er weitgehend der Linie von Hilferding und Wels.³ Am 6. Januar 1933 rät Breitscheid dem ADGB-Vorsitzenden Leipart dringend davon ab, seine Verhandlungen mit General und Reichskanzler Kurt von Schleicher fortzusetzen.

Seine Distanz zu Wels war gut zu studieren an seiner Rolle und seinem Referat vor dem Parteiausschuss am 31. Januar 1933. Entgegen der Weisung von Wels, jegliche Zusammenarbeit mit der KPD, die mehrfache Einheitsfrontangebote machte, zu ignorieren oder strikt abzulehnen, sagte er dort, >von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten verspreche ich mir **nicht viel**<, in der veröffentlichten Broschüre unter dem Titel >Bereit sein ist alles< hieß es dann: verspreche ich mir **nichts**.

Sein weiteres Schicksal ist bekannt. Nach der Reichstagsprovokation flieht er aus sehr berechtigter Sorge nach Frankreich. Am 9. September 1933 wird er (mit Wels, Stampfer, Scheidemann, Grzesinski) ausgebürgert. Ob er nun an den Folgen des britischen Luftangriffs auf das KZ Buchenwald oder durch Kopfschuss, wie kurz zuvor Thälmann, zu Tode kam, ist nicht ganz sicher. Nach dem 20. Juli 1944 wurden alle prominenten Gegner so oder anders getötet.

Im folgenden werden die Jahre seiner Emigration in Frankreich mit dem Schwerpunkt der knappen zwei Jahre des Ringens um eine Volksfront in Paris stehen.

Der Einstieg Breitscheids in die Volksfrontbemühungen begann - wieder durch persönliche Eigenheiten bedingt - holprig. Der Vorläufige Ausschuss hatte sich im Juli 1935, ohne zuerst die vor Ort befindliche Pariser SPD-Gruppe zu informieren oder direkt auf sein prominentestes Mitglied zuzugehen, sich gleich an die SOPADE in Prag gewandt. Erst durch Ollenhauer informiert erfuhr Breitscheid von der Sache und war verschnupft, schließlich war er zu dieser Zeit noch der Vertrauensmann der SOPADE. Noch Ende August 1935 hielt er es für wichtig, in einem Brief an den im Ausschuss aktiven Schriftsteller Konrad Heiden darauf zurückzukommen:

>Wenn ich mich im übrigen beschwert habe, dass man so spät an mich herangetreten ist und erst nach Gründung des Komitee's so großen Wert auf meine Beteiligung zu legen behauptet, so bitte ich das nicht etwa als persönliche Eitelkeit auszulegen. Es handelt sich nicht um mich, sondern um alle die bekannteren Sozialdemokraten namentlich in Paris. Keiner von uns wusste etwas von dem Plan, bis ich durch Ollenhauer unterrichtet wurde. Legten die Herren Wert auf uns, so wäre es wohl angebracht gewesen, von Anfang an mit uns in Verbindung zu treten.

Noch mehr habe ich mich freilich gewundert, dass auch Max Braun hier in Paris zwar mit Georg Bernhard, dem Schutzverband der Schriftsteller u.s.w. Besprechungen gepflogen, aber mit den hiesigen Parteigenossen - abgesehen wohl von Ihnen - keinerlei Fühlung genommen hat.

So kann man wirklich ein solches Unternehmen nicht einleiten. Mag sein, dass es trotzdem gute Früchte trägt. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg. Meinerseits aber werde ich mich wohl auf die Rolle des wohlwollenden Beobachters beschränken, bis die Parteien als solche in die Erscheinung treten.<⁴

Natürlich spielte auch Eitelkeit, im Sinne von Anspruch auf besondere Wertschätzung, eine Rolle. So wie sie bei dem erwähnten Max Braun eine Rolle spielte, der als führender Vertreter der Landesgruppe Saar an seiner Spitzenposition und als Gegenspieler der Prager bastelte und die Mitarbeit in der Volksfront auch als Chance sah, seine Gruppe zumindest auf die gleiche Ebene zu hieven, auf der die SOPADE war. (Im weiteren Verlauf wollte dieser dann das relative Gewicht seiner Gruppe dadurch erhöhen, dass er die Kommunisten hoffte, raus drängen zu können.)

Inhaltlich waren es naheliegende Bedenken, die Breitscheid in dem erwähnten Brief vom 20. August 1935 darlegte: *>Wenn es darum gehen würde, eine Basis für ein, wenn auch an bestimmte Grenzen gebundenes, gemeinsames Auftreten der drei Arbeiterparteien (S.P.D., K.P.D. und S.A.P.) zu finden, so würde ich einen solchen Versuch sicher begrüßen. Bei den Bestrebungen aber, die jetzt im Gange sind, ist wenigstens zunächst an eine Zusammenarbeit einer Reihe von literarischen und halbpolitischen Vereinen und einigen bekannterer Einzelpersonen gedacht. Die Tatsache, dass die Vereine Teil getarnter kommunistischer Organisationen*

sind, würde mich an sich nicht schrecken, aber sie erleichtert jedenfalls nicht die Mitwirkung von Nichtkommunisten, besonders dann nicht, wenn diese nicht die Autorität ihrer offiziellen Parteileitung hinter sich haben.

Das ist einer der Gründe, aus denen ich für meine Person Bedenken gegen eine Beteiligung an dem Komitee habe. Ein anderer ist der, dass ich mir kein rechtes Bild von den Absichten und den Wirkungsmöglichkeiten der „Einheitsfront“, so wie sie jetzt gedacht ist, machen kann. Es mag sich hin und wieder die Gelegenheit zu gewissen nützlichen Aktionen bieten, aber dazu bedarf es weder eines ‚Komitee‘ noch eines Sekretariats. Man wird die jeweilig in Betracht kommenden Persönlichkeiten von Fall zu Fall zu finden und in Bewegung zu setzen imstande sein.

Arbeiteten die politischen Parteien zusammen, so würde die Sache ein anderes Gesicht haben. Man wüsste dann doch schließlich, dass es nicht nur mit meist wohlmeinenden, oft aber leider des politischen Sinns ermangelnden Individualisten zu tun hätte.

Demzufolge stehe ich auf dem Standpunkt, dass die Entscheidung bei Prag liegt, und dass unsere dortigen Genossen, wenn man sie um ihre offizielle Beteiligung angeht, Stellung zu nehmen haben. Das will nicht sagen, dass ich mich zu den kritiklosen Gefolgsleuten des P.V. rechne, aber ich möchte auf keinen Fall isoliert neben den Gruppenvertretern stehen und dann auch noch Gefahr laufen, unter Umständen von Prag desavouiert zu werden. Ein solches Risiko würde ich nur dann auf mich nehmen, wenn mir die Gemeinschaft, der ich beiträte, größere Sicherheiten böte, als es hier geschieht.<⁵

Durch Ollenhauer war Breitscheid im Bilde, dass der Emigrationsvorstand der Sache strikt ablehnend gegenüberstand und dessen wichtigstes Anliegen war, so zu taktieren, dass seine angemessene Führungsposition nicht geschwächt würde. Breitscheid wollte man sowohl als Informanten wie als Bremsklotz gegen die Aktivitäten der KPD vergattern. Als SOPADE in einem wie immer genannten Bündnis nur eine Gruppe unter anderen zu sein, sollte auf jeden Fall verhindert werden. Angesichts seines rapide geschwundenen Einflusses und Ansehens sah Wels – sowieso ein verbissener Anti-Kommunist - als einzige Option die Distanz, sich arrogant abseits halten und alle Möglichkeiten der Zersetzung zu nutzen. Als Treuhänder der Gesamtpartei kam man wenigstens noch in den Genuss finanzieller Zuwendungen der SAI, was ja sowohl von Neu Beginnen als von den Revolutionären Sozialisten Deutschlands (RSD) wie von der Landesgruppe Saar bestritten wurde.

Eine solche Verweigerungspolitik der SOPADE wollte Breitscheid nicht mehr ohne weiteres tolerieren. Er mochte die Legitimität dieses Vorstandes sowieso nicht ohne weiteres anerkennen, sei er doch unter fragwürdigen Umständen auf der sog. >Reichskonferenz< 1933 gewählt worden, woraus Breitscheid seinen Anspruch ableitete, zu gegebener Zeit wieder seinen Platz im Vorstand einzunehmen. In der Pariser Gruppe war die Ablehnung der Prager sowieso besonders stark, was natürlich auf ihn abfärbte. Mit dem Wörtchen >wohl< deutet sich schon in dem Brief an Heiden an, dass er seine Ablehnung noch nicht ganz für endgültig hielt. Die Ablehnung begründete er bis dahin damit – was irgendwie einleuchtet – dass eine solch wichtige Sache von den Parteispitzen ausgehen müsse. Bei Breitscheid kam neben der traditionellen Zusammenarbeit mit den Pragern noch sein guter vertraulicher Kontakt zum linken PV-Mitglied Paul Hertz hinzu. Auf jeden Fall wollte er seinen potenziellen Anspruch auf Rückkehr ins Führungsgremium aufrecht erhalten, zumal – ganz banal – davon auch seine bis dahin noch gewährte finanzielle Unterstützung abhing.

Sicher etwas zugespitzt hat die ideologische Wandlung bei Breitscheid, die natürlich Voraussetzung seines politischen Engagements sein musste, das mit den Pragern verbunden gebliebene ehemalige PV-Mitglied und Reichstagsabgeordnete, der dem rechten Flügel zugehörige Wilhelm Sollmann in einem Brief an Crummenerl, SOPADE-Mitglied und ihr Kassierer, vom 3. September 1935, so beschrieben: *>Ich habe mehrere Stunden freundschaftlich mit B.(reitscheid) diskutiert, aber es war qualvoll. Der alte Liberale ist jetzt ungefähr bei einem Marxismus des kommunistischen Manifests angelangt plus der moralischen Rigorosität Weitlings. Außerdem ist er für die Einheitsfront mit der K.P. Schon die Nennung von Namen wie Brüning bringt ihn in Erregung. Er sieht überhaupt keine Möglichkeit in Deutschland außerhalb einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung,... sprach nur mit Erbitterung über uns alle...<⁶*

Offensichtlich zeigte sein doch anfängliches Engagement 1936 für die Einheits- bzw. Volksfrontidee, dass er eine wichtige Schlussfolgerung aus seiner zurückliegenden politischen Biographie für sich gezogen zu haben scheint: „Man muss richtigen Erkenntnissen auch praktische Taten folgen lassen, muss mehr Konsequenz zeigen.“ Damit entfremdete er sich weiter von der SOPADE, die faktisch im Nichtstun bzw. reiner Destruktion verharrte. Als die Prager eine heftige Auseinandersetzung zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Emigranten in einem Prager Wohnheim, dem Letna-Heim, wo radikalistische Genossen der KPD noch auf alten Positionen verharrten, zum Anlass nahmen, wieder einmal – nach der Absage bei dem November-Gespräch 1935 - ihre Ablehnung zu begründen, versuchte Breitscheid nachdrücklich zu vermitteln. Er schrieb an die SOPADE, er habe darüber mit Dahlem gesprochen, der – wie er den Pragern als Abschrift wörtlich übermittelte – erklärt habe: >Ich glaube im Sinne meiner Freunde vom Z.K. zu sprechen, wenn ich diese Rückschläge bedauere. Seien Sie gewiss, dass wir die Angelegenheit klären und bei der Bedeutung, die sie für die Politik des P.V. spielt, durch öffentliche Stellungnahme beantworten werden. Wir unsererseits werden keinen Schritt tun, der die Lage verschärfen und die Freude des Gegners auslösen könnte. Unsere Parteikonferenz hat es allen Kommunisten zur Pflicht gemacht, zielbewusst und geduldig zu arbeiten um ein gutes Verhältnis zwischen beiden Arbeiterparteien herzustellen. Wir vergessen keinen Augenblick die Notwendigkeiten des gemeinsamen Kampfes unserer beiderseitigen Genossen im Lande....Es bleibt unser unverrückbares Ziel: die Herstellung der Einheitsfront zum konkreten Kampf gegen den Faschismus zwischen den verantwortlichen zentralen Leitungen der KPD und der SPD.

Diese Erklärung bin ich Ihnen schuldig, weil ich der Überzeugung bin, dass für die gegenwärtige und zukünftige Zusammenarbeit dieselbe loyale und offene Ehrlichkeit Voraussetzung ist. Mit der es dem Pariser Kreis gelang, ernsthafte und hoffnungsvolle Schritte auf dem Wege zur gegenseitigen Verständigung und zum gemeinsamen Handeln zu gehen.<⁷

In den Diskussionen in sozialdemokratischen Emigrantenkreisen in Paris wurde deutlich, dass schon im Vorfeld des VII. Weltkongresses eine weitgehend richtige politische Linie für den weiteren Kampf gegen den Faschismus ausprobiert wurde, die auch bei Sozialdemokraten wie Antifaschisten aus anderen Klassen und Schichten Zustimmung fand. Bei Breitscheid dürften drei politische Faktoren eine wesentliche Rolle gespielt haben, sich vom Prager Parteivorstand schließlich ganz abzuwenden, seine Bedenken zurückzustellen und sich zu entscheiden, bei der Formierung eines neuartigen antifaschistischen Bündnisses mitzuwirken. Zum ersten hatte er eingesehen, dass es, wie er in einem Brief an Wilhelm Hoegner schrieb, >für die weitere Entwicklung der Dinge ...ja auch gleichgültig (sei), was er (der Prager PV – H.N.) denkt und tut.<⁸ Zum andern – hier kam seine außenpolitische Kompetenz zum Tragen – war es die wachsende Kriegsgefahr und die verhängnisvolle Appeasementpolitik Großbritanniens und der Laval-Regierung in Paris, die ihn mit großer Sorge erfüllte und ihn nach Gegenstrategien und Gegenkräften suchen ließ. Es gibt etliche sehr kluge und weitgehend zutreffende Artikel zu dieser Problematik von ihm. Er scheut es oder kommt aus anderen Gründen nicht dazu, ein Fazit dieser seiner außenpolitischen Analysen zu ziehen, das man dahin gehend zusammenfassen kann: Hitler wird keinen der geschlossenen Verträge mit Frankreich oder Großbritannien oder Polen einhalten, sobald er sich stark genug fühlt. Deshalb war für ihn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine totale Überraschung, eher das voraussehbare und logische Ergebnis der verfehlten Politik Großbritanniens und Frankreichs. Noch im April 1939 hatte er geschrieben. >Wiederholen wir es noch einmal: Die Mitwirkung der UdSSR an der großen Koalition derer, die den Frieden verteidigen wollen, ist notwendig, damit die Aggressoren den vollen Umfang ihres Risikos erkennen.<⁹ Genau dies kam bekanntlich nicht zustande. Diese Haltung zur SU und ihrer Rolle im Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr war umso beachtlicher, wenn man bedenkt, wie sich zuvor die Moskauer Prozesse und die Trotzki-Hatz auch in der westlichen Emigration geradezu tödlich auf die Volksfrontbemühungen der KPD ausgewirkt hatten. Zwar hatte auch er dann große Vorbehalte gegen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, aber öffentlich ließ er sich nicht in die wüste antisowjetische Propaganda der SOPADE einspannen oder billigte die Position des inzwischen ausgeschlossenen Münzenberg, der Stalin zum Hauptaggressor erklärte.¹⁰

Aber noch einmal zurück zum hoffnungsvollen Beginn und dem Einstieg Breitscheids. Vor allem den Bemühungen Heidens und Münzenbergs gelang es, Breitscheids Reserviertheit zu

überwinden, obwohl er anfangs zunächst dabei blieb, zuerst müssten die beiden Parteiführungen von KPD und SPD zu einer Verständigung kommen. Dies müsse den Kern bilden. *>Die Mitwirkung von Freunden der Freiheit aus dem bürgerlichen Lager ist dabei willkommen. Nur immer wieder: das Einvernehmen der proletarischen Kräfte ist die Hauptsache.<*¹¹ Dies konnte offensichtlich ausgeräumt werden, denn im Februar 1936 berichtet Jacob Walcher an Sievers (von den Freidenkern) von einer Beratung, an der neben Breitscheid, Victor Schiff, Erich Kuttner, drei Vertreter der RSD, drei Kommunisten und drei Genossen von der SAP teilgenommen hatten, dass diese nach einer vorausgegangenen Beratung des Volksfront-Ausschusses sich verständigt hätten, dass die Arbeiterparteien der Kern der Volksfront sein müssten und dass in den Plenarsitzungen des Ausschusses nichts unternommen würde, bevor nicht in ihrem Kreis dazu Stellung genommen und eine Einigung erzielt worden wäre.

Generell – nicht nur hinsichtlich von Bündnissen mit ausländischen Regierungen – hatte Breitscheid dazu beigetragen, dass man sich einig war, dass sich die Arbeiterbewegung niemals auf großbürgerliche Partner oder gar die Reichswehr stützen oder gar verlassen könne. Ihm bekannte taktische Szenarien der Welsgruppe in dieser Richtung lehnte er hohnvoll ab.¹²

Schließlich war es das von der Welsgruppe gewollte und provozierte Scheitern der Verhandlungen in Prag mit den Beauftragten der KPD, Dahlem und Ulbricht, Ende November 1935, die ihn veranlassten, nun aktiv zu werden.

Und letztlich bewog Breitscheid der sich abzeichnende Erfolg des Volksfrontbündnisses in Frankreich (Wahlsieg im Frühjahr 1936) wie in Spanien für sein anfängliches Engagement, allerdings von Anfang an auch hier sehr skeptisch bzw. ablehnend gegenüber allzu großen Hoffnungen, dass irgendwelche Partner aus dem bürgerlichen Lager ernsthaft dafür infrage kämen. Mehrfach betonte er, dass ein Erfolg einer Volksfront nur bei *>einer Annäherung zwischen den Arbeiterparteien<* zu erwarten ist. *>Das Einvernehmen der proletarischen Gruppen ist die Hauptsache.<*¹³

In Paris waren die verschiedentlichen Ansätze einer Zusammenfassung der antinazistischen Emigration nach dem erfolgreichen Internationalen Schriftsteller-Kongress durch die Initiative der KPD endlich voran gekommen. Willy Münzenberg und Max Braun (als Vorsitzender der Landespartei der Saar) hatten zum 26. September 1935 zu einer Beratung ins Hotel *>Lutetia<* alle an der Volksfront interessierten Personen eingeladen, auf der Münzenberg für die KP die generelle Ausgangsbasis umriss. Er führte nach einem Bericht eines Teilnehmers aus: *>Es sei eine hoffnungslose Illusion zu glauben, die Hitlerdiktatur könne sofort durch die Diktatur des Proletariats abgelöst werden. Die Kommunisten wollen auch Hitler nicht die Möglichkeit geben, zu propagieren, das Volk habe bloß die Wahl zwischen seinem Regime und dem bolschewistischen Chaos. Es sei natürlich auch nicht einfach für eine Republik nach Weimarer Muster zu kämpfen. Deshalb müsse die Frage, welche Art der Demokratie die geeignetste sei, offen bleiben. Die Kommunisten seien bereit, überall und jeden Kampf zu unterstützen, der der Freiheit gelte und jedes Stückchen Demokratie zu verteidigen. Ihr Ziel für Deutschland sei: Ein freies, demokratisches und sozialistisches Deutschland. Als nächste Etappe strebten sie ein Organ an, das aus dem allgemeinen usw. Wahlrecht hervorgehen soll. Er bezeichnete dieses Organ in seinen weiteren Ausführungen als Nationalversammlung und als unumstößlichen Willen die Eroberung und Erhaltung der Macht. Bevor man aber die Macht in den Händen habe, müsse man sie erst einmal erkämpfen.<*¹⁴ Das half entscheidend, wesentliche Bedenken Breitscheids in der Demokratie-Frage bezüglich der Wandlung der KPD auszuräumen, zumal nachfolgende Beschlüsse des VII. Weltkongresses und die präzisierte strategische Konzeption der Brüsseler Konferenz mithilfe Palmiro Togliattis einen weiteren Fortschritt gegenüber dem VII. Kongress darstellte. Offenbar kam der rasche Beschluss des neu gewählten Zentralkomitees der KPD auf seiner ersten Sitzung am 15. Oktober 1935, ein erneutes Einheitsfrontangebot an den Prager Vorstand zu richten und ihm entsprechende Verhandlungen vorzuschlagen, auch wegen der bekannten Forderungen insbesondere Breitscheids nach zentralen Vereinbarungen zustande. In dem Brief der KPD an die SOPADE vom 10. November 1935 hieß es dazu, die Politik der Hitlerregierung erfordere das gemeinsame Vorgehen aller Antifaschisten. Um rasch und unkompliziert alle Ansätze des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes von Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland zu fördern, schlug das Zentralkomitee in diesem Brief weiter vor, »eine gemeinsame Aufforderung an die kommunistischen und sozialdemokratischen Par-

teorganisationen, Funktionäre und Mitglieder zu richten, sich zum Zwecke gemeinsamer Beratungen der jeweiligen gemeinsamen Aufgaben zum kameradschaftlichen gemeinsamen Handeln in Verbindung zu setzen.«¹⁵

Im Prager Vorstand löste dieses Schreiben beträchtliche Differenzen über das taktische Reagieren aus. Einerseits war für einige Sopade-Mitglieder nicht zu leugnen, dass die Vorschläge der KPD den Vorstellungen und Wünschen vieler kämpfender Sozialdemokraten in Deutschland und in der Emigration entsprachen. Andererseits wollte die Wels-Gruppe von ihrer antikommunistischen Position nicht abgehen, weil sie nach wie vor auf ein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie und der Generalität spekulierte. In der heftigen Diskussion mit Hertz, der wie Crummenerl von Breitscheids Forderungen wusste, gab Wels zwar seine Position auf, das Schreiben des ZK der KPD einfach zu ignorieren, setzte aber mit Geyers Schützenhilfe gegenüber dem rückgratlosen Hans Vogel und der ausschließlich taktisch begründeten anderen Auffassung Stampfers durch, dieses Treffen so zu gestalten, dass letztlich die reale Einheitsfrontbewegung behindert und torpediert wurde. Um einen solchen Verlauf zu garantieren, beauftragte Wels in seiner autoritären Manier unter Ausschaltung von Paul Hertz den mit allen Finessen politischer Rabulistik gewappneten Friedrich Stampfer, die prinzipiell ablehnende Haltung der SOPADE in einer Denkschrift zu fixieren, die zu Beginn der Beratung übergeben wurde. So war das Scheitern vorbestimmt, was auch Paul Hertz bestätigte. *>Das Scheitern (der Verhandlungen - d. V.) ist in der Vorstandssitzung bei uns beschlossen worden«, schrieb dieser wenige Wochen später, »und es wurde durch die Auswahl der Unterhändler bekräftigt.<*¹⁶ Im Unterschied zu Münzenberg, der die Schuld für die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen *>zum guten Teil bei den kommunistischen Unterhändlern in Prag<* suchte, (was wohl eher der persönlichen Animosität gegenüber Ulbricht und teilweise auch Dahlem als einer internen Kenntnis des Verlaufs geschuldet war) interpretierte Breitscheid zutreffend, *>daß auch dann nichts herausgekommen wäre, wenn diese beiden Leute geschickter operiert hätten. Leider aber haben sie den renitenten Mitgliedern des P.V. einen willkommenen Anlaß geliefert.<*¹⁷

(Dieser vorgeschobene Anlass war die Erklärung der kommunistischen Unterhändler, man werde auf jeden Fall weiterhin öffentlich gegen die Feinde der Einheitsfront polemisieren. Dem entsprach dann auch die Veröffentlichung des Protokolls, was Vogel und Stampfer abgelehnt hatten.) Der sehr enttäuschte Breitscheid sah sich in seinem Schritt, nun aktiv in die Verhandlungen des Volksfront-Ausschusses einzusteigen, auch angesichts der harschen Kritik aus Kreisen der RSD wie Neu Beginnens bestärkt.

Deren Auslandsbüro kommentierte in einer Erklärung unter der Überschrift »Die erste Verhandlung. So geht's nicht« die Prager Verhandlungen so: »Das Angebot der KPD war ernsthaft und korrekt. Weder ernsthaft noch korrekt ist die ablehnende Denkschrift der SOPADE. Zu den politischen Problemen der deutschen Arbeiterschaft hat sie nichts zu sagen. Auf ihr eigenes, revolutionäres Programm von 1934 wagte sie sich nicht zu berufen... Sie hat sogar die Stirn gehabt, sich auf eine grundsätzliche Einheitsgegnerschaft der arbeitenden Genossen im Inland zu berufen und so zu tun, als verlange die KPD, die SOPADE solle ihre deutschen Genossen zur Einheit zwingen. Wenn hier von Zwang die Rede sein kann, so wird er den umgekehrten Weg gehen müssen.«¹⁸

Breitscheids persönliche Trennung von der SOPADE, was nicht bedeutete, dass er die Gewinnung der SPD-Führung für die Einheitsfront nicht weiterhin für sehr wichtig hielt, widerspiegelte sich in einem Brief an Paul Hertz vom 28. Januar 1936, nachdem er zuvor bereits im Dezember die gemeinsame Protesterklärung gegen die Hinrichtung des deutschen Kommunisten Rudolf Claus unterzeichnet hatte. Es bestehe kein Zweifel, schrieb er, dass *>der P.V. jetzt zu einer Generaloffensive gegen die 'Einheitsfront' ausholt, und dass er zu diesem Zweck alles Material, das ihm mit Recht oder Unrecht als verwendbar erscheint, zusammenträgt.<*¹⁹ Auch deswegen intensivierte Breitscheid seine Zusammenarbeit mit Dahlem und Ulbricht, trat mit einem leidenschaftlichen Einheits-Appell in seiner Rede vor den fast Tausend Delegierten der Internationalen Asylrechtskonferenz am 19. und 20. Juni 1936 in Paris hervor, wies auf der folgenden europäischen Amnestiekonferenz in Brüssel am 5. Juli nach, wie Faschismus und Krieg untrennbar miteinander verbunden sind. Rigoros entlarvte er in Artikeln die Unterstützung Francos durch Hitlerdeutschland und unterstützte alles, was der spanischen Volksfrontregierung nützen könnte. Als wegen sich verstärkender Schwierigkeiten (wegen bornierter Einwände

der SAP und teils der RSD gegen die angeblich opportunistische antifaschistisch-demokratische Zwischenzielsetzung >demokratische Republik< als Übergangslösung) Pieck nach Paris kam, fanden mit Breitscheid intensive Verständigungsgespräche statt.

Die hoffnungsvolle Anfangsphase endet schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1937. Der Moskauer Prozess gegen Sinowjew und Genossen, die Trotzlisten-Hatz und Rivalitäten um den vorherrschenden Einfluss durch Max Braun, Neu Beginn und der linksradikalen Gruppe innerhalb der Auslandszentrale der SAP, auf die die KPD-Vertreter nicht zuletzt auf Druck aus Moskau mit ihren eigenen Bestrebungen und taktischen Spielchen um die führende Rolle in der Volksfront reagierten, bedeuteten das klägliche Ende. Zu diesen von allen Gruppierungen betriebenen Kämpfen um eine führende Rolle kamen andere Streitigkeiten wie die gegensätzlichen Beurteilungen der POUM im spanischen Bürgerkrieg (Barcelona-Aufstand). Breitscheids bedauerndes Fazit Anfang 1937 lautete: *>Es hat Meinungsverschiedenheiten gegeben und darunter auch solche, die vorübergehend der Einmütigkeit gefährlich zu werden drohten. Ich erwähne nur die Auseinandersetzungen, die sich nicht in dem Volksfrontausschuss, wohl aber unter den Freunden und Förderern, an den Moskauer Prozess gegen Sinowjew und Genossen geknüpft haben. Wir Sozialdemokraten waren aufs unangenehmste von der Art und Weise berührt, in der die kommunistische Presse innerhalb und außerhalb der Sowjetunion die Genossen aus dem Lager der Zweiten Internationale, die ihre kritische Stimme erhoben hatten, abtun zu können glaubte, und wir haben mit Nachdruck darauf verwiesen, dass eine solche Polemik die Grundlage der Zusammenarbeit auf welchem Gebiet auch immer sei, aufs schwerste erschüttere. Ich persönlich habe diesen unseren Standpunkt in der Presse vertreten.< Die Antwort der deutschen Kommunisten war danach seiner Meinung zwar nicht durchschlagend, >aber ihre anerkennenswerte Sachlichkeit bestimmte mich, von einer Fortführung der Debatte abzusehen.<²⁰*

Doch dann kam noch die Münzenberg-Affäre hinzu und kurz nach Ausschluss Münzenbergs, den er persönlich schätzte, im Mai 1937 zog er sich offiziell von jeder Zusammenarbeit zurück. Auch erklärte er, nicht an irgendwelchen sozialdemokratischen Organisationen oder Aktionen weiter teilzunehmen.

Die KPD versuchte alles mögliche, um ihn wieder zu gewinnen. Man organisierte einen langen Brief aus dem Saargebiet, unterschrieben von zwei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten, einer davon Otto Niebergall, der kleine Erfolge des gemeinsamen Kampfes (auf ökonomischen Gebiet) schilderte, wechselte Ulbricht aus und Pieck kam persönlich nach Paris, aber die Stalinsche Außenpolitik ließ auch Pieck kaum Spielraum, und ein zweiter Münzenberg, der nur, weil er der Aufforderung, nach Moskau zu kommen, nicht nachkam, dem Schicksal von anderen führenden Kommunisten entging, wollte möglichst keiner werden.

Der Brief aus der Saar endete mit dem Appell: *>Genosse Breitscheid, auf uns allen liegt eine schwere Verantwortung, die wir nicht unterschätzen dürfen. Wöchentlich kommen Anfragen aus dem Lande; was hat der Volksfrontausschuss zu dem und dem Ereignis zu sagen. Wie steht es mit dem Pariser Ausschuss, ist dort noch keine Einigkeit erzielt?...Wir bitten Dich und alle Mitglieder des Arbeitsausschusses ...im Saargebiet, dass Ihr ...alles Trennende begrabt... Deshalb bitten wir Dich, als Mitglied(er) des Arbeitsausschusses im Saargebiet, sobald wie möglich als Vermittler im Interesse der gemeinsamen Sache bei Euch im Pariser Ausschuss einzugreifen, dass in Kürze der Volksfrontausschusses seine ersprießliche Arbeit wieder aufnimmt.<²¹*

Es half alles nichts. So sehr man die öffentliche Kritik und die Angriffe der KPD gegen jene Kräfte, die aus welchen Motiven auch immer die Einheits- und Volksfront behinderten, darunter jene, die aus altem Antikommunismus der Linie Hilferdings folgten und einen Erfolg für den Fall des Ausscheidens der KPD prophezeiten, verstehen mag, die Form und die absolut unsinnigen Behauptungen einer Zusammenarbeit mit der Gestapo waren mehr als kontraproduktiv. Während das Herausdrängen des ISK unter Führung Willy Eichlers angesichts dessen politischer Positionen und der lächerlichen Zahl von max. 40 ISK-Emigranten und keinerlei inländischen Widerstandsgruppen gerechtfertigt erscheint, war Breitscheid angesichts der Gesamtverläufe nicht mehr umzustimmen, auch nicht, als es kurzfristig schien, eine neue Form des Zusammenwirkens von KPD in einer Arbeitsgemeinschaft mit den RSÖ, den RSD, der SAP, Neu Beginn und sogar mit der vom ausgeschlossenen Münzenberg gebildeten Gruppe (Sozialistische Einheit) sei möglich. Ein gemeinsamer vielversprechender Aufruf *>An die Arbeiter*

Deutschlands und Österreichs< kam zustande.²² Damit waren die KPD-Repräsentanten in Paris über ihren Schatten gesprungen, wurden aber aus Moskau schärfstens zurückgepiffen.

Am 1. August 1939 wandte sich deshalb Julius Deutsch mit einem ernsten Schreiben an das ZK der KPD. Darin hieß es: >Wir sind bisher über alle Angriffe und Verleumdungen des Ausschusses, wie sie von Eurer Seite gegen Mitglieder und Organisationen des Ausschusses gerichtet wurden, zur Tagesordnung übergegangen, weil wir nicht die Aufrechterhaltung von alten oder die Schaffung von neuen Fraktionierungen in der deutschen Arbeiterbewegung wollen, sondern die Sammlung aller aufbau- und einigungswilligen Kräfte.< Nach der Bekräftigung der Bereitschaft, mit den Kommunisten >von Fall zu Fall< zusammenzuarbeiten, um Vertrauen aufzubauen, wurden die Angegriffenen benannt. >Besonders in der D(utschen) V(olks)-Z(eitung) habt Ihr die im Ausschuss vertretenen deutschen sozialistischen Organisationen öffentlich wiederholt entweder als 'trotskistisch' angegriffen (wie den ISK und die 'Freunde der sozialistischen Einheit', Gruppe Münzenberg) oder wenigstens als mit 'Trotzkisten' und 'Feinden der Einheitsfront' durchsetzt (wie die 'SAP' und 'NB'), führende Funktionäre dieser Gruppen wurden von Euch als 'Saboteure der Einheit' (Willi Müller von 'Neu Beginnen'), als 'Spalter' (Willi Münzenberg), als Trotzkisten (Fritz Sternberg von der 'SAP') oder gar als 'Agenten von Goebbels' (Martin Hart vom ISK – Pseudonym. Willi Eichler – d. V.) verleumdet.<

Das Verhalten lasse ein >parteiliches Zweckmanöver< vermuten, um die KP als >neue Einheitspartei< zu präsentieren. So wurde z.B. der erste Versuch zur gewerkschaftlichen Zusammenarbeit >von Euren Vertretern ultimativ davon abhängig gemacht, das wir der Herausdrängung von Genossen wie Walter Oettinghaus zustimmen, die Ihr einzig und allein auf Grund Euer innerparteilichen Auseinandersetzungen ausgeschaltet haben wolltet.<²³ Im Namen des Ausschusses beschwor Deutsch die KPD, sich weiter am Konzentrationsprozess der linken sozialistischen Emigration ohne illoyale Methoden zu beteiligen. Zum Schluss wurde die Bereitschaft erneuert, >von Fall zu Fall< mit der KPD zusammenzugehen.

Das Mühen der Kommunisten um die deutsche Volksfront wurde immer aussichtsloser. Breitscheid schrieb voller bitterer Enttäuschung, nachdem die von Heinrich Mann vorgebrachten Beschwerden von der KPD unbefriedigend beantwortet worden waren: *>Die Illoyalität, die ihre hiesigen Führer nach der Kaltstellung Münzenbergs an den Tag gelegt haben, dürfte Ihnen bekannt sein. Es folgte im November der Schmähartikel Dimitroffs gegen den >Sozialdemokratismus< und seine Träger...Es folgten nach dem Moskauer Prozess die unerhörten Verdächtigungen des menschwistischen Genossen Dan und der Exekutive der II. Internationale, und einer der Wortführer war der jetzige Leiter der K.P.D. in Paris, Dahlem...Dabei wird auf Schritt und Tritt deutlicher, wie die Kommunisten an dem Volksfrontfeuer nur ihren Parteitopf kochen möchten...Nun, wer noch eine wenig Gefühl für die Würde der eigenen Partei besitzt, kann bei einer solchen Volksfront nicht mitmachen.<*²⁴

Der Deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 brachte die Front der Hitlergegner schließlich total durcheinander. Die KPD geriet zeitweilig völlig in die Isolierung, zumal sie sich gezwungen sah, sich der Linie der KI zur völligen Unterordnung unter das sowjetische Sicherheitsinteresse und die entsprechende Außenpolitik zu beugen. Allerdings teilte Breitscheid nicht die extreme Position Münzenbergs, der nun in Stalin den größten Kriegstreiber sehen wollte.

Als wie von Breitscheid seit Jahren vorausgesagt der Krieg ausbricht und gleichzeitig die anti-sowjetische Hetze eine neue Stufe erreichte, weigerte er sich, daran teilzunehmen in der Erwartung, dass sich Hitler früher oder später gegen die SU wenden werde. Auch lehnte er es ab, sich an einer von ehemaligen bürgerlichen Politikern (wie Brüning, Rauschning, Treviranus und dem rechten SPD-Mann Tarnow) dominierten Exil-Regierung zu beteiligen.

Sein weiteres Schicksal ist bekannt. Weniger eine seiner letzten tragischen Entscheidungen. Sie zeigt besonders anschaulich, wie das Selbstverständnis, der Habitus eines einstmaligen führenden Funktionärs der SPD dabei eine Rolle spielte. Sie betrifft seine Verhaftung in Arles en Provence in der Nähe von Marseille. Er hatte sich zusammen mit Hilferding (und ihren Ehefrauen) bis dahin vergeblich um die legale Ausreise bemüht, die ihm von den Vichy-Behörden verweigert wurde. Beide meinten immer noch, Anspruch auf eine Bevorzugung zu haben. Die sich im Januar 1941 bietende Chance, mit einem durch Flüchtlinge übervollen Frachtschiff illegal zu

flüchten, lehnte er – wie auch Hilferding – ab, weil sie immer noch auf eine legale Ausreise bestanden und hofften, ihre einstige Prominenz wirke noch nach und brächte eine Sondergenehmigung. Ganz wichtig war für ihn wie für Hilferding, dass sie – wenn schon nicht ganz legal ohne Pass und Visum - auf ein paar Tage später auslaufendes Passagierschiff warten wollten, welches den gewohnten Komfort versprach. Als illegaler Flüchtling und dann noch unter schäbigen Bedingungen in die USA zu kommen, fanden beide unter ihrer Würde. Die Verhaftung am 9. Februar 1941 und die Übergabe an die Gestapo beendeten das Drama.

Als sich Ollenhauer bei dem Leiter der Internationalen Abteilung der Labour Party, William Gillies, schriftlich beschwerte und auf die Franzosen geschimpft hatte, antwortete der ihm, auf die Vichy-Behörden könne man schimpfen, aber Breitscheid habe mehrfach Möglichkeiten wie andere international bekannte Antifaschisten gehabt, illegal auszureisen.²⁵

In der Londoner Emigration fand nach Bekanntwerden seines Todes am 7. Oktober 1944 eine von der >Union deutscher sozialistischer Organisationen< organisierte Gedenkveranstaltung statt, bei der neben Leuschner und Breitscheid auch Thälmanns gedacht wurde. Thälmann war mit aufgenommen worden, weil die zur Union gehörende Landsgruppe deutscher Gewerkschafter seit Ende 1941, also nach dem Überfall auf die SU, auch Kommunisten aufgenommen hatte und seit Juni 1944 sogar 4 Vertreter der KPD im Arbeitsausschuss saßen. Die hatten darauf bestanden, auch Thälmann ausdrücklich zu nennen. In der Einladung hatte es erst nur heißen sollen. >We invite you to a public meeting in memory of Wilhelm Leuschner, Rudolf Breitscheid and thousands of German Anti-Fascist, Trade Unions, Socialists and Communists who have during the last place few months murdered or arrested by the Gestapo. ...<²⁶ Der Vorsitzende, Hans Gottfurcht, war im Unterschied zu den Vertretern der SPD, Ollenhauer und Vogel, kompromißbereiter und so war die LdG die einzige Organisation, in der die Zusammenarbeit mit KPD-Vertretern einigermaßen funktionierte. (Durch strenge Aufnahmebedingungen und eine restriktive Wahlordnung wurde deren Zahl und Einfluss in Grenzen gehalten.)

Wie sich ein überlebender Breitscheid 1945/46 entschieden hätte, bleibt der Spekulation überlassen. Eine Chance, ihn unter den Befürwortern der Vereinigung zu finden, wäre anzunehmen. Dafür sprechen einige Annahmen:

Breitscheids realistische Haltung zur SU, sein Respekt vor ihrer Rolle bei der Vernichtung des faschistischen Deutschlands; er hatte nie ein gutes Verhältnis zu Schumacher gehabt, war ein Verfechter der Einheit der Arbeiterbewegung und distanziert zu Ollenhauer als organisatorischem Kleingeist. Sicher wäre er in Berlin beim Zentralausschuss angesiedelt, und sein Verhältnis zum ehemaligen Reichstagsabgeordneten Grotewohl, den er vor 1933 zwar nur flüchtig kannte, hätte sich vermutlich gut entwickelt, die Chemie hätte wahrscheinlich gestimmt, so wie er Respekt gegenüber Pieck und Dahlem empfand.

Sein Tod, ähnlich wie der von Julius Leber, hat es Schumacher erst ermöglicht, seine dominierende Rolle für die Nachkriegs-SPD einzunehmen.

Anmerkungen

1 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, Erster Band, S. 469; zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 44.

2 A.a.O., S. 64.

3 Siehe dazu wie für die folgende Zeit Heinz Niemann. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 – 1945, Berlin 2007, S. 398 ff.

4 AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 23.

5 A.a.O., Mappe 23. – Breitscheid hat offenbar einen Durchschlag des Briefes Paul Hertz zukommen lassen, in dessen Nachlass er sich befindet. Hertz scheint eine weitere Kopie nach Prag übermittelt zu haben, denn auch in den Akten der SOPADE ist er vorhanden.

6 Brief Sollmanns an Crummenerl vom 3. Sept. 1935, AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 122.

7 Brief Breitscheids an die SOPADE vom 11. Februar 1936, a.a.O., Mappe 23.

8 Brief Breitscheids an Wilhelm Hoegner vom 1. Dez. 1936, Briefwechsel zwischen Rudolf Breitscheid und Wilhelm Hoegner 1934 – 1941, in: Institut für Zeitgeschichte, F 205, zit. nach Günter Plum: Volksfront, Konzentration und Mandatsfrage. Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933 – 1939, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 18, 1970, Heft 4.

9 Zitiert nach O. Pistorius: Rudolf Breitscheid 1874 – 1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteigeschichte, Köln 1970, S. 132.

- 10 Einige der wichtigen Artikel Breitscheids zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen sind abgedruckt in: Rudolf Breitscheid, Antifaschistische Beiträge 1933 – 1939. Ausgewählt und eingeleitet von Dieter Lange, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1977.
- 11 AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 23.
- 12 Siehe dazu: Heinz Niemann, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 – 1945, S. 569 f.
- 13 AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 23.
- 14 AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 190.
- 15 Zitiert nach Otto Findeisen: Zu den Einheitsfrontverhandlungen am 23. November 1935 in Prag, in: BzG, 1966, H. 4, S. 680.
- 16 Brief von Paul Hertz an Hilferding vom 14. Januar 1936, in: IISG Amsterdam, Nachl. Hertz.
- 17 Brief Breitscheids an Paul Hertz vom 14. 12. 35, in: Nachlass Paul Hertz, a.a.O. – Ausführlich und hervorragend dokumentiert vgl. Ursula Langkau/Alex: Volksfront für Deutschland, Bd. 1, Vorgeschichte und Gründung des >Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront<, 1933 – 1936, Frankfurt am Main 1977.
- 18 Nachrichten des Auslandsbüros >Neu Beginnen<, Nr. 3, Dezember 1935.
- 19 Brief von Paul Hertz, Nachlass, IISG, Amsterdam.
- 20 Rudolf Breitscheid: Bilanz eines Kampffjahres, in: Das freie Deutschland. Mitteilung der deutschen Freiheitsbibliothek (Paris), Nr. 1. Januar 1937, S. 12 – 16.
- 21 Brief an Breitscheid vom 19. 10. 1937. BA, St 3/406 (ZPA/alte Registratur).
- 22 Auszugsweise abgedruckt in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 515 f.
- 23 Kopie im Besitz des Verfassers.
- 24 Brief Breitscheids an W. Lange vom 19. Aug. 1938, AsD, Emigr. SOPADE, Mappe 23.
- 25 Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. „Die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941 – 1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien. J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, S. 363.
- 26 Ebenda, S. 636.

Prof. Dr. Wolfgang Triebel

Otto Grotewohl, antifaschistischer Streiter gegen Krieg und Militarismus

„Dass die Weltgeschichte von Zeit zu Zeit umgeschrieben werden müsse, darüber ist in unsern Tagen wohl kein Zweifel übrig geblieben. Eine solche Notwendigkeit entsteht aber nicht etwa daher, weil viel Geschehenes nachentdeckt worden, sondern weil neue Ansichten gegeben werden, weil der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene auf neue Weise überschauen und beurteilen lässt.“⁴¹

Diese Sätze schrieb Goethe im Kontext seiner Farbenlehre ziemlich genau vor 200 Jahren. Von Goethe angeregt, frage ich einleitend, ob es im Jahre 2014 für Menschen „einer fortschreitenden Zeit“ nicht Gebot sein müsste, sich über deutsche Geschichte der letzten einhundert Jahre ohne Ressentiments zu äußern? Im gegenwärtigen medienwirksamen Mainstream geht es vielfach nicht um die Vermittlung neuer Erkenntnisse, sondern mehr um die Absicht, den Verlauf dieses Jahrhunderts umzuschreiben und Geschehnisse sowie das Handeln bestimmter Persönlichkeiten im Interesse mächtiger anachronistischer politischer Eliten und ihrer Hintermänner umzudeuten. Seit dem Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik Deutschland, in der sich in vierzig Jahren historisch Antiquiertes und politisch Rückständiges restauriert hatte, ist die politische Liquidation des anderen deutschen Staates mit Verunglimpfung seiner Repräsentanten, Geschichte und Geschichtswissenschaft offizielle Staatsdoktrin. Aber trotz Abwicklung der institutionellen Einrichtungen sind historische Forschungsergebnisse aus der DDR über die vergangenen einhundert Jahre nicht zu übersehen. Manche ideologisch bornierten Zeitgenossen ignorieren, dass Geschichte objektiv ist, die der DDR ebenso wie die der Alt-Bunderepublik. Auch das Handeln der Repräsentanten beider Staaten ist historisches Geschehen. Dies meine erste Vorbemerkung.

Meine zweite Vorbemerkung betrifft Goethes Formulierung, dass von Zeit zu Zeit über die Vergangenheit „neue Ansichten gegeben werden, ... von welchen ... der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene auf neue Weise überschauen und beurteilen lässt“. Wir sind „Genossen einer fortschreitenden Zeit“. Mit der Eingliederung der DDR in die alte BRD hörte die DDR auf zu existieren. Seitdem ist die Zeit fortgeschritten. Insofern sind die 41 Jahre beider Deutschlands Geschichte. Manche bisherige Bewertung ihrer Repräsentanten ist wegen neuer Ansichten und Einsichten neu zu durchdenken.

Das Deutschland seit 1990 ist nicht das Land eines wieder vereinten deutschen Volkes, sondern die weitergeführte Gesellschaft der alten Bundesrepublik und die Fortsetzung der Politik bundesdeutscher Eliten nach innen und außen. Was bis 1990 noch „Brüder und Schwestern im Osten“ waren, das sind jetzt vom Volkseigentum beraubte Bürger zweiter Klasse mit niedrigeren Löhnen und Renten. Die Namen von DDR-Repräsentanten findet man bestenfalls noch auf Straßenschildern in ostdeutschen Städten.

Wer war Otto Grotewohl und wie bildete sich sein weltanschauliches Denken heraus?

Otto Grotewohl wurde am 11. März 1894 in Braunschweig geboren. Der Vater ungelernter Arbeiter, die Mutter Schneiderin. Er besuchte die Volksschule und erlernte das Buchdruckerhandwerk. Liebevoll spricht er in seinem persönlichen Tagebuch von einem seiner Lehrer, einem alten knurrigen Junggesellen, *„dessen spröde Freundlichkeit ich umso wärmer empfand... Zu ihm schaute ich voll Bewunderung. Er las mit mir Gedichte und Erzählungen, lehrte mich den Zeichenstift führen und zeigte mir mit seiner unbedingten Wahrheitsliebe ein Stück Welt. Ich danke ihm manche fröhliche Stunde, manchen guten Ratschlag und manch aufrichtiges Trostwort.“*² Das schrieb der junge Otto Grotewohl 1918, 24 Jahre alt nach Verwundung und Erlebnissen im 1. Weltkrieg. Er hatte diesen Krieg wie Tausende junger Männer erlebt – *„Alles Heilige, alles Hohe und Edle, Schöne und Wahre wollte in mir zerreißen.“*, heißt es im Tagebuch.³ Der Krieg ging auch an ihm nicht spurlos vorüber.

Grotewohl ist 1914 nicht freiwillig in den Krieg gezogen. Er hatte sich seit 1907 im „Bildungsverein Junger Arbeiter“ und später aktiv in der weitgehend links orientierten Braunschweiger Arbeiterjugend betätigt und war 1912 zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden. Die Arbeiterjugend stand der SPD nahe. Grotewohl war am 14. März 1914 in die SPD und in den Buchdruckerverband eingetreten. Von seinen eigenen Erfahrungen her widmete er sich *„Von Anfang an ... der Jugendarbeit... mit ganzer Seele. Ein dumpfes Gefühl sagte mir, dass hier die Wurzeln meiner Kraft liegen. Die Jugendbewegung wurde mir zur Lebensbedingung. Ich fühlte...: 'Hier bin ich Mensch, hier darf ich 's sein'.“*⁴

1918 an der Westfront war Grotewohl Mitglied eines Soldatenrates. Weihnachten 1918 nach Braunschweig zurückgekehrt. Ab 1919 war er Kassenbeamter der AOK. Am 20. Dezember 1919 heiratete er die Arbeiterin Marta Obst. Nach seiner Wahl in den Landtag des Freistaates Braunschweig – am 8. Juni 1920 auf der Liste der USPD – konnte er seinen Interessen für Bildungs- und Sozialpolitik gezielter nachgehen. Für die Herausbildung von Grotewohls sozialdemokratischem Denken, seines politischen Verantwortungsbewusstseins als Landtagsabgeordneter und von 1925 bis 1933 als Mitglied des Deutschen Reichstags sowie seiner ausgeprägten humanistischen Bildung sind m. E. folgende Fakten hervorzuheben:

- Der Braunschweiger Landtag wählte im November 1921 den 27jährigen Otto Grotewohl zum Minister für Volksbildung. Er setzte sich für die Abschaffung des Schulgelds für höhere Schulen und für die Trennung von Kirche und Staat im Schulwesen ein. Durch einen „Schulerlass“ (1923) erwirkte er die Streichung des Religionsunterrichts in Lehrplänen der Schulen des Freistaates Braunschweig.

- 1923, als Minister für Inneres und Justiz im Freistaat Braunschweig, setzte er sich für Volksentscheide auf Gemeinde- und Kreisebene ein, der Landtag verabschiedete Ende 1924 eine neue Kommunalverfassung. 1925 erschien sein viel beachtetes Buch „Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig“. Das war kommunalpolitisches Neuland.

- Von 1925 bis 1933 war Grotewohl Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Reichstag. Auf seine Initiative hin lehnte die Braunschweiger SPD einstimmig den Bau des Panzerkreuzers ab, obgleich ihn SPD-Minister der Reichsregierung befürwortet hatten. Seine antimilitaristischen Positionen waren bekannt, die antifaschistischen bildeten sich heraus. Die Nazis warfen ihn 1933 aus dem Amt als Präsident der Landesversicherung hinaus.

- Grotewohl musste Braunschweig 1933 verlassen. In Hamburg und ab 1938 in Berlin hatte er Mühe, seine Familie zu ernähren. Erste Inhaftierung von August 1938 bis März 1939, die zweite von November 1939 bis Februar 1940. Wo und wie immer es möglich war, hielt er Verbindungen zu SPD-Mitgliedern und half vielen, wenn Angehörige verhaftet worden sind. Um einer dritten

Verhaftung Anfang 1945 zu entgehen oder der Einbeziehung zum Volkssturm, versteckte er sich außerhalb Berlins.

Erster Weltkrieg, politische Hilflosigkeit der Demokratie von Weimar und aufkommender Faschismus prägten Grotewohls politisches Denken und Handeln bis 1933. Kraft seiner Ämter in Braunschweig engagierte er sich in der Jugendförderung. Demokratische Bildung und Erziehung der Jugend verlangt die Trennung von Staat und Kirche. Demokratische Entwicklung in den Kommunen waren für ihn Verfassungsfragen. Er lebte Verantwortungsbewusstsein der gewählten Abgeordneten in Parlamenten gegenüber Wählern vor, indem er Antimilitarismus und Antifaschismus als Kernfragen humanistischen und demokratischen Denkens verstand. Das war seit Bebel, den Liebknechts und Rosa Luxemburg so, dafür trat auch Otto Grotewohl ein.

Das „neue politische Leben“ des Otto Grotewohl nach 2. Weltkrieg und Faschismus

Dieses „neue politische Leben“ Otto Grotewohls begann im Mai 1945. Bis dahin war Grotewohl in der SPD-Hierarchie hauptsächlich im Braunschweiger Freistaat bekannt. Bereits am 9. Mai 1945, einen Tag nach der Kapitulation der Hitlerwehrmacht in Berlin-Karlshorst, trafen sich Otto Grotewohl, Erich Gniffke u. a. Sozialdemokraten zwecks Zusammenführung überlebender Parteimitglieder. Von diesem Tag an bis zum 17. Juni 1945, dem Tag der Veröffentlichung des Aufrufs des Zentralausschusses der SPD in Berlin über die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes in einer parlamentarischen Republik, wurde Grotewohl zu einem deutschlandweit bekannten Vorkämpfer der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland. Auf eine solche Aufgabe war er nicht vorbereitet, aber er stellte sich ihr mit dem ihm eigenen Verantwortungsbewusstsein eines gewählten Vertreters der SPD. In der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR fand sein Handeln viel Anerkennung. In den westlichen Besatzungszonen und ab 1949 in der BRD wurden wegen seines Handelns im Osten Kübel von Verleumdungen über ihn ausgeschüttet. Grotewohl wies sich gegenüber der sowjetischen Militärverwaltung als ehemaliger Reichstagsabgeordneter der SPD aus. Ab 1. Juni war er Dezernent für Finanzen und Steuern im Bezirksamt Berlin-Schöneberg/Friedenau mit Sitz im neuen Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz.

Otto Grotewohl stand weltanschaulich-politisch in der linken sozialdemokratischen Tradition Bebels und Liebknechts. Politik im Interessen der arbeitenden Bevölkerung, Antimilitarismus und Verurteilung von Krieg gehörten zu seinen festen Überzeugungen. Zwölf Jahre Faschismus hatten diese Haltung moralisch vertieft. Grotewohl hatte wie andere Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter zudem das Gegeneinander der Arbeiter in den zwanziger Jahren als eine wesentliche Ursache dafür erkannt, dass Kapital und Militärs die braune Nazipartei zu ihrem Handlanger für einen Revanchekrieg haben machen können. Diese Erkenntnis wurde vielen in Hitlers KZs im wahrsten Sinne des Wortes eingeprengelt und von den Überlebenden als Vermächtnis der ermordeten Klassenbrüder verstanden. Das Gelöbnis von Buchenwald – *Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Von Deutschland darf nur noch Frieden ausgehen!* – steht bis heute für dieses Bewusstsein.

Dennoch gab es neben diesen vielfach am eigenen Leibe erfahrenen historischen und politischen Einsichten über Krieg und Faschismus bei manchen Kommunisten wie auch bei Sozialdemokraten gegenseitige Ressentiments aus der Zeit vor 1933 und Zweifel, ob bei jedem die Einsicht über nie wieder Bruderkrieg in der Arbeiterbewegung dauerhaft ist und in folgerichtiges Handeln umsetzbar sein wird. Auch Otto Grotewohl war keineswegs frei von Zweifeln, ob die in KZs und Zuchthäusern geborene Idee von der Gründung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland unter den Bedingungen der Besatzungszonen oder gar nur in der sowjetischen Zone richtig und vernünftig ist. In der SBZ waren dafür die Bedingungen günstig, die Sowjetische Militäradministration hatte bereits am 10. Juni 1945 in ihrer Besatzungszone die Gründung demokratischer Parteien zugelassen. Die KPD verkündete ihre Nachkriegsziele im Aufruf vom 11. Juni 1945, der Zentralausschuss der SPD die seinen am 17. Juni. Aber nicht die KPD wollte die *sofortige* Gründung einer Einheitspartei aus KPD und SPD, sondern in der SPD gab es dafür Verfechter. Am 12. Juli 1945 äußerte sich Grotewohl gegenüber dem Korrespondenten der sowjetischen Zeitung „Krasnaja Swesda“ zur Frage nach einer Einheitspartei der Arbeiterklasse: *„Nach vielen Fehlern der Vergangenheit haben wir nun erkannt, dass die Lebensinteressen der Arbeiterklasse einer Einheit bedürfen... Wir beschreiten den Weg der*

*Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus freier Wahl und eigenem Interesse. ... in den ersten Tagen verlangten viele sozialdemokratische Arbeiter, dass wir zusammen mit den Kommunisten eine Einheitspartei bilden... Aber nach reiflicher Überlegung kamen wir mit unseren kommunistischen Freunden zu der Erkenntnis, dass die Zeit für eine solche Verschmelzung noch nicht gekommen ist.*⁵ Unwichtig ist, wie man diese Aussage heute bewertet, es war zwischen Juli und September 1945 der gemeinsame Standpunkt. Doch die Zeit raste dahin und es wurde sichtbar, dass in den vier Besatzungszonen Deutschlands trotz Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zunehmend uneinheitliches Handeln der Siegermächte in ihren Zonen festzustellen war. In den vier Sektoren Berlins spitzten sich die politischen Widersprüche zu. Das ermöglichte restaurativen Kräften primär in den westlichen Besatzungsgebieten das Festhalten an bisherigen Positionen in den weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Viele braune Büttel der gehobenen sozialen und politischen Nazi-Eliten hatten die sowjetische Zone verlassen, ihr Antikommunismus und Antibolschewismus war zur „Angst vor den Russen“ umgedeutet, und die trieb sie zur Flucht in den Westen.

Anfang September 1945 trafen sich Grotewohl, Max Fechner und Kurt Schumacher, Leiter des SPD-Büros in Hannover für die britische Zone, in Grotewohls Wohnung in der Motzstr. in Berlin-Schöneberg, um über die gemeinsame Arbeit in allen Zonen zu sprechen. Während Grotewohl sich für die Zusammenarbeit mit Kommunisten und gegebenenfalls auch für den Zusammenschluss von KPD und SPD aussprach, lehnte Schumacher beides ab. Ihm ging es um die politische Führung der SPD in Deutschland. Schumacher hatte bereits am 6. Mai 1945 in einer Rede in Hannover erklärt: *„Die Zukunft hat nur für eine Partei demokratischer Sozialisten im System der Parteien Platz.“*⁶ Es war nicht zu übersehen, was Schumacher unter Führung der SPD verstand: Antikommunismus. Grotewohl und Gniffke setzten sich für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Deutschland ein, Schumacher erklärte den sofortigen Aufbau des Sozialismus als politisches Ziel. Es gab generell unterschiedliche Auffassungen über Deutschland nach dem Faschismus, wie sollte man damit umgehen und wie ist man damals damit umgegangen?

Am 14. September 1945 hielt Grotewohl eine für die Kommunisten irritierende Rede, indem auch er vom Führungsanspruch der SPD in Nachkriegsdeutschland sprach. Offensichtlich hatte Grotewohl diesen Gedanken von Schumachers Besuch einige Tage vorher übernommen. Drei Wochen später, vom 5. bis 7. Oktober 1945 hatte Kurt Schumacher SPD-Funktionäre der Westzonen zu einer „Reichsfunktionärskonferenz“ der SPD nach Hannover eingeladen. Vom Berliner Zentralausschuss nahmen Otto Grotewohl, Max Fechner und Gustav Dahrendorf als Gäste teil. Die Berliner Genossen schlugen vor, einen gesamtdeutschen SPD-Parteitag einzuberufen und dort einen neuen Parteivorstand zu wählen. Das lehnte Schumacher ab, sein Büro in Hannover sei eine solche zentrale Leitung. Er hatte bis dahin von 11 SPD-Bezirken der Westzonen eine schriftliche Erklärung abgefordert, dass er und sein Büro die Führung der SPD in Nachkriegsdeutschland sei.⁷ Darauf bestand Schumacher im Februar 1946 in einem weiteren Gespräch mit Grotewohl und Dahrendorf in Braunschweig im Gebäude der Braunschweiger Zeitung. Was in keinem Protokoll der Konferenz in Wennigsen steht und in Braunschweig nicht aufgeschrieben wurde, habe ich von Grotewohls Mündel Nora Kuntzsch erfahren, die er sowohl im Oktober 1945 als auch im Februar 1946 besucht hat. Sie arbeitete in der Redaktion der Zeitung in Braunschweig. Zunächst antwortete er nicht auf ihre Fragen nach der Konferenz. *„...aber am Abend hat er mir dann gesagt, dass Schumacher ihn in unglaublicher Weise behandelt habe, wie einen lästigen Bittsteller und Verräter. Er habe ihn verhöhnt und er könne nicht mit Schumacher zusammenarbeiten.“*⁸ Das wiederholte sich am 8. Februar in Braunschweig.

Der britische Oberstleutnant Noel Annan, der schon in einem Brief an Außenminister Bevin vom 20. Dezember 1945 darauf hingewiesen hatte, dass die Gefahr bestehe, *„wenn Schumacher die Führungsrolle der Partei im Westen gewinnt, er es ablehnen wird, mit Grotewohl, dem fähigeren und besseren Mann, zusammenzuarbeiten, und das wird einen Riss in der Partei geben, der ernsthaft das Schicksal der Sozialdemokratie in der russischen Zone beeinflussen wird.“*⁹ Eben dieser Noel Annan wurde beauftragt, *„Schumacher zu einer positiven Einschätzung der Strategie des ZA zu bewegen.“*¹⁰

Das Gespräch mit Schumacher am 8. Februar 1946 wurde zum Schlüsseldatum für Grotewohls weiteren politischen Lebensweg. Er hatte damals wählen können zwischen antifaschistisch-

demokratischem Deutschland mit den Kommunisten oder mit Schumachers sofortigem Aufbau des Sozialismus ohne die Kommunisten. Was für ein Sozialismus hätte das wohl werden können? Vom 19. bis 24. Februar 1946 hielt sich Schumacher in Westberlin auf. Er traf Mitglieder des Zentralausschusses der SPD, um die Vereinigung zu verhindern und forderte Grotewohl am 20. Februar auf, die SPD der Ostzone aufzulösen. Am 26. Februar 1946 fand die zweite sog. Sechzigerkonferenz von KPD und SPD der sowjetischen Zone statt, die den Weg zur Einheitspartei nur in der sowjetischen Besatzungszone ebnete.¹¹ Grotewohl wollte weder alten noch neuen Antikommunismus.

Noch einmal sei Nora Kuntzsch zitiert: *„Ich muss sagen, dass Otto sehr feinfühlig war und niemandem wehe tun wollte. Wenn er im Privatleben Entscheidungen zu treffen hatte, dann versuchte er wirklich, keinem Wehe zu tun, weder seiner Frau Martha noch jemand anders.... Ich bin der festen Überzeugung, dass er Sozialdemokrat geblieben ist und dass er wirklich wollte, dass Deutschland wieder vereinigt wird. Jedenfalls hat er das bis zum Mauerbau 1961 gehofft. Ja, das hat er gehofft.... Aber er ist auf keinen Fall ein Verräter gewesen. Das weiß ich. Das ist er nicht gewesen.“*¹² Wer damals und auch noch heute Grotewohl Verrat vorwirft und sein Handeln mit abwertenden Epitheta wiedergibt, der muss präzisieren, wen oder was Grotewohl verraten haben soll.

Seine antifaschistisch-demokratischen Grundüberzeugungen beruhen m. E. auf drei theoretischen Säulen, die er nie aufgegeben hat:

Erstens: Sozialismus kann in Deutschland nur unter Führung einer einheitlichen Arbeiterpartei und im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften aufgebaut werden.

Zweitens: Die Mitverantwortung der Führungskräfte des deutschen Kapitals und des mitläufigen Beamtenapparates bei der Vorbereitung des 2. Weltkrieges sowie ihre Duldung der barbarischen Führung des Krieges in den okkupierten Staaten haben ihnen einen so hohen Grad an Schuld für Tod und Zerstörungen in Deutschland und Europa auferlegt, dass diese Kräfte jedes Recht auf Führung der Nation verloren haben.

Drittens: Die einheitliche Partei der Arbeiterklasse muss zu einer das gesamte Volk repräsentierenden Volkspartei entwickelt werden. Grotewohls Verständnis von den Aufgaben einer einheitlichen Arbeiterpartei war spätestens seit der Sechzigerkonferenz im Dezember 1945 mit dem Kampf um die Erhaltung der Einheit Deutschlands verbunden. Alle, jedenfalls fast alle in Ost und West sprachen von der Einheit Deutschlands, aber nicht alle handelten so, damit sie bewahrt werden konnte. Diese noch im Potsdamer Abkommen 1945 festgeschriebene Möglichkeit zerschellte am uneinheitlichen Handeln der vier Besatzungsmächte. Die deutschen Parteien ordneten sich den widerstreitenden Interessen der Besatzungsmächte unter. Trotz mancher politischen Schwankung und nicht frei von Misstrauen gegenüber einzelnen Kommunisten hoffte Grotewohl, mit den Kommunisten eine Basis zur Verwirklichung seiner Vorstellungen von einem antifaschistisch-demokratischen Deutschland zu finden, von dem nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgeht.

Nachkriegsdeutschland und seine Regierungschefs

Otto Grotewohl, neben Wilhelm Pieck seit Gründung der SED im April 1946 gleichberechtigter Vorsitzender der Partei, wurde am 7. Oktober 1949 zum Ministerpräsidenten der Regierung der DDR gewählt. Zuvor, am 14. August 1949, fand in den drei Westzonen die erste Bundestagswahl statt. Am 12. September stellten sich Kurt Schumacher (der 1945 noch sofort den Sozialismus proklamiert hatte!!!) und Theodor Heuß zur Wahl als Bundespräsidenten, Heuß wurde im 2. Wahlgang mit 416 Stimmen gewählt (403 war absolute Mehrheit) Schumacher erhielt 312 Stimmen. Am 15. September erhielt Adenauer das Mandat des ersten Bundeskanzlers der BRD.

Betrachtet man die politische Tätigkeit beider Regierungschefs rückblickend für die Jahre 1945 bis 1949, dann fallen einige prinzipielle Unterschiede im Handeln auf. Adenauer strebte von Anfang an offen die Westbindung der drei Westzonen an. (Auf seinen Separatismus als Oberbürgermeister von Köln 1945/46 gehe ich hier nicht ein, deswegen wurde er von der britischen Besatzungsmacht abgelöst.) Otto Grotewohl initiierte die gesamtdeutsche Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden, beides entsprach dem Willen der

Bevölkerung in Ost und West. Die Westmächte behinderten diese Bewegung in ihren Zonen, unterstützt von Schumacher und Adenauer.

18 Monate nach Beendigung des Krieges, am 16. November 1946, begründete Grotewohl auf einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstands der SED als erster deutscher Politiker einen Verfassungsentwurf für ganz Deutschland. Die Resonanz kann man in den Tageszeitungen von damals nachlesen. Sein in die Begründung eingeschlossener historischer Exkurs in die deutsche Verfassungsgeschichte ist auch heute noch beachtlich, besonders seine drei Hauptansätze für eine neue demokratische deutsche Verfassung:

1. Die progressiven Tendenzen der Paulskirchenverfassung von 1848 ebenso aufzunehmen wie die im Frühjahr 1945 von Dr. Josef Wirth, Dr. Otto Braun, Dr. Wilhelm Hoegner u. a. ausgearbeiteten „*Grundsätze und Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands*“,¹³

2. Im Interesse der Demokratieentwicklung sollten die Mängel der Weimarer Verfassung hinsichtlich der Rolle des Reichspräsidenten vermieden werden.

3. Alle totalitären Machtansätze sind auszuschließen, Volkssouveränität war Grotewohls am meisten genutztes Stichwort, dazu Volksentscheide und Volksbegehren. Dass Volkssouveränität in der DDR später eklatant verletzt worden ist, ist hier nicht das Thema, aber Grotewohls Vorstellungen darüber könnten heutige Debatten um Demokratie bereichern, wenn man will.

Wegen der historischen Korrektheit zur Verfassungsdiskussion ist hier einzuschließen: Zeitgleich zum ersten Verfassungsentwurf der SED hatten in Hannover Kurt Schumacher, Viktor Agartz, der führende Wirtschaftspolitiker der SPD nach 1945, u. a. Vorstandsmitglieder der SPD unter der Überschrift „*Einbau des Gedankens der Wirtschaftsdemokratie in die Verfassung*“ ein Papier für die Verfassungsdiskussion in den westlichen Zonen ausgearbeitet. Die Wirtschaft sollte in Zukunft nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von abhängig Beschäftigten eines Betriebes mit gestaltet werden. Auf den örtlichen politischen Stufen, denen des Landes und des Reiches sollten kontrollierende Beiräte gebildet werden, die zu je einem Drittel aus Abgeordneten des zuständigen Parlaments, Vertretern der Gewerkschaft und der Unternehmensleitungen gebildet werden. „*Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie müssten in geeigneter Weise so gekoppelt werden, dass die oberste Entscheidung bei den Einrichtungen der Politik liegt.* (Von Schumacher handschriftlich hinzugesetzt): *Das Primat der Politik sollte unbedingt auf allen Stufen anerkannt werden.*“¹⁴ Im verabschiedeten Entwurf des BRD-Grundgesetzes befindet sich kein solcher Grundsatz. In der DDR-Verfassung 1949 gab es einen Abschnitt II. Wirtschaftsordnung. Möglichkeiten für eine gesamtdeutsche Verfassung hätten gefunden werden können, wurden aber vertan.¹⁵

Vom Sozialismus in der BRD, den Schumacher 1945/46 noch als unmittelbares Ziel der SPD der Westzonen verkündet hatte, war nach der Gründung der BRD nichts zu erkennen. Heute geben sich einige westdeutsche Politiker und ihnen hörige Medien höchst erstaunt, dass in bundesdeutschen Ministerien, im Bildungs- und Justizwesen, in Polizei und Presse sowie in der Bundeswehr und nicht zuletzt in deutschen Geheimdiensten viele Nazis in Leitungsfunktionen übernommen worden sind. Das war damals in Ost und West bekannt. Führende SED-Funktionäre wie Grotewohl, Pieck, Ulbricht, Dahlem, Fechner, Gniffke u. a. reisten zwischen 1946 und 1948 in die westlichen Zonen und forderten gemäß dem Potsdamer Abkommen der Alliierten vom 2. Juli 1945 die Absetzung, Enteignung und Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, die in den Westzonen weitgehend unbehelligt ihren Professionen nachgehen konnten. Das haben viele nachgewachsene Politiker vergessen bzw. gar nicht erfahren, zumal das noch bis vor kurzem alles als SED-Propaganda abgetan wurde.

Otto Grotewohl war vor Willy Brandt der einzige Nachkriegsregierungschef in Deutschland – eben in der DDR – der sich von dem Augenblick an, als ihm 1945 große politische Verantwortung übertragen worden war, mit der damals jüngsten deutschen Geschichte auseinandergesetzt hat. Seine methodische Herangehensweise an die Geschehnisse der Novemberrevolution in Deutschland bestand darin aufzuzeigen, welche Lehren nach dem 2. Weltkrieg aus der Niederlage von 1918 gezogen werden müssen. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, hieß für ihn, jene Vorgänge zu erhellen, die zu den Folgen nach 1918/1919 geführt haben. Dabei dürfe man keineswegs „*den subjektiven Faktoren jeden entscheidenden Einfluss auf die Situation, auf die Bewältigung ihrer Probleme, auf den weiteren Verlauf absprechen. Es muss mit allem Nachdruck betont werden, dass ein wirkliches Verständnis der Wirksamkeit dieser subjektiven Faktoren,*

*dieser Entscheidungen und Unterlassungen, dieser Fehler und Schwächen, Überspitzungen und Übertreibungen erst dann möglich wird, wenn man erfährt, aus welcher Vergangenheit jene handelnden und nichthandelnden Arbeitermassen und Arbeiterführer kamen. Man muss feststellen, welche Ströme sie gespeist haben, aus welchen ökonomischen und sozialen Wurzeln sie ihre Kraft gezogen haben, aus welcher politischen und geistigen Atmosphäre sie erleuchtet und befruchtet wurden.*¹⁶

Die deutsche Geschichte nach dem 2. Weltkrieg und das subjektive Wirken deutscher Politiker in dieser Geschichte, gleich ob als Aktion zur Richtungsbestimmung bzw. als Reaktion auf entstandene bzw. entstehende Entwicklungstendenzen, wird vor allem für die Jahre 1945 bis 1949 immer nur im Kontext mit der Nachkriegspolitik der Besatzungsmächte verständlich. Das galt in beiden deutschen Staaten auch danach bis 1990 und gilt für die Bundesrepublik auch heute noch gegenüber den USA. Keine deutsche Partei und keiner ihrer Repräsentanten konnten Entscheidungen herbeiführen bzw. ihre Herbeiführung verkünden, die nicht vorher von den zuständigen Militärregierungen der UdSSR, Großbritanniens, der USA und Frankreichs in den jeweiligen Zonen bzw. mit Bezug auf Deutschland als Ganzes vom Alliierten Kontrollrat genehmigt worden waren - jedenfalls solange der Kontrollrat funktionierte (bis März 1948).

Das Problem der Fremdbestimmung der deutschen Parteien, in den Westzonen mehr noch der Landesregierungen bzw. ihrer Ministerpräsidenten, betraf keineswegs nur die KPD bzw. die SED in der sowjetischen Besatzungszone. Beispiele dafür lassen sich aus allen Zonen zur Genüge finden. Der Wahrheitsfindung über Ursachen politischer Entwicklungen in der Besatzungszeit würde es dienen, wenn diese Fremdbestimmung weniger moralisch be- oder verurteilt, sondern aus den Rechten der Sieger und aus ihren Zielen abgeleitet würde, die sie in Hinsicht auf die Interessen ihrer Regierungen für die Nachkriegsentwicklung in Europa zu verfolgen hatten.

Die Sowjetunion war nicht an einer Spaltung Deutschlands interessiert. Auch die westlichen Alliierten wollten 1945 auf der Konferenz in Potsdam nicht eo ipso die Spaltung. Aber das Ziel der Eindämmung sowjetischen Einflusses konnten sie nur dann erreichen, wenn sie die Besatzungspolitik in ihren Zonen unter diesem Aspekt entwickelten. Dabei waren sie sich der Zustimmung breiter Kreise des deutschen Volkes sicher, nahezu zwei Generationen waren Antibolschewismus und Antikommunismus eingetrichtert worden (Ausstellung „Das Sowjetparadies“ in Berlin). Auch die westdeutschen Wirtschaftskreise hatten keine Sympathien für eine Einheitspartei der Arbeiter oder größeren sowjetischen Einfluss in ihren Zonen, während sie sich für die antikommunistische Haltung der SPD-Führung unter Schumacher durchaus erwärmen konnten. Die Westmächte und die Vertreter des deutschen Kapitals unterstützten keine Bewegung für die Schaffung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse.

Grotewohls Zustimmung zur schnellen Vereinigung von SPD und KPD zur SED ab 11. Februar 1946 nur in der Ostzone resultierte weniger aus seiner Überzeugung, dass dies eine optimale Lösung für die deutschen Probleme sein würde, sondern er leitete sie aus den sich verändernden Zwängen der politischen Konstellationen in Deutschland ab. Im November 1945 hatte er noch erklärt, *„Eine zonenmäßige Vereinigung würde vermutlich die Vereinigung im Reichsmaßstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen.“*¹⁷ Auf der 2. Sechzigerkonferenz am 26. Februar 1946 sprach er von seiner Überzeugung, man wird auch im Westen bei der *„politischen Willensbildung“* an der Einheitspartei *„nicht vorbeigehen können ...“*¹⁸ Seine Befürchtung war begründet, seine Hoffnung, die Einheitsidee würde auch in den Westzonen Anhänger finden, war nicht chancenlos, scheiterte am Kräfteverhältnis der Siegermächte und der SPD-Führung mit Schumacher.

Bleibt festzuhalten: Erhellen wir doch einmal die Vorgänge – um mit Grotewohl zu sprechen – die die westlichen Siegermächte und in ihrem Gefolge auch westdeutsche Politiker veranlasste, schon wenige Wochen nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens darin enthaltene Beschlüssen zu unterlaufen. Das Potsdamer Abkommen war ein Dokument der Siegermächte, wie *die Sieger* mit dem besiegten Deutschland umgehen wollten. An der Spitze standen Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Enteignung und Bestrafung der Kriegsverbrecher. Indem die westlichen Sieger gerade diese Aufgaben nur zeitweise und wenig nachhaltig verfolgten, bedienten sie – nolens volens oder doch zielgerichtet? – die Interessen derjenigen Kreise in Deutschland, die das „Deutsche Reich“ und seine Strukturen erhalten wollten. Der geschlagene Kapitalismus sollte erhalten bleiben, der Kommunismus nicht über die Elbe vordringen. Was

damals noch verschleiert wurde, wird inzwischen offen ausgesprochen und als Rettung von Demokratie umgedeutet. Weil Deutschland, meinen manche Politiker, keine Demokratietradition hatte, habe die alte BRD vor allem von der Demokratie der amerikanischen Freunde lernen können. Eine ähnliche politische Phrase gab es auch in der DDR mit Bezug zur UdSSR. Man kann es auch anders formulieren: In beiden Fällen wurde die Fremdbestimmung schönegeredet. Das alles ist heute kein Geheimnis mehr. Wir sollten also aufhören, damalige Entscheidungen mit richtig oder falsch zu bewerten, sondern sie sachlich in die Logik des jeweiligen historischen Geschehens einordnen, frei von ideologischen Vorurteilen. Natürlich spielten damals (eigentlich immer) auch Ideologien eine Rolle. Nach dem Krieg musste das faschistische Denken aus den Köpfen vor allem der jungen Deutschen entfernt werden. Da sind wir wieder bei Grotewohl, der sich sofort 1945 mit Vehemenz für die Jugend eingesetzt hat. Hier sei mein erstes persönliches Erlebnis mit Otto Grotewohl eingeflochten: 1946 haben er und Wilhelm Pieck in der Breiten Straße in Berlin-Pankow vor der Antifajugend gesprochen und uns erklärt, worin der verbrecherische Inhalt der Naziideologie bestanden hat. Ich war 16 Jahre alt und hatte vier Jahre Nazigymnasium und KLV hinter mir. Ich war von beiden beeindruckt.

Um auf den Anfang meines Vortrags zurückzukommen, darauf, dass nach Goethe die Geschichte von Zeit zu Zeit neu bewertet werden müsste: 25 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – ohne hier die Art der Vereinigung zu bewerten – muss doch eine sachliche Sicht auf die Jahre der Spaltung möglich sein. Am Ablauf dieser Jahre kann nichts mehr geändert werden, weder in Ost noch in West. Es bleibt eben auch eine Tatsache, dass von allen westdeutschen Bundeskanzlern nur Willy Brandt in Warschau vor den Opfern der Naziverbrechen niederkniete. Diese subjektive Entscheidung resultierte aus seinem politischen Verständnis des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Faschismus und nicht als Tag die Niederlage, wie mancher Soldat ihn erlebt und empfunden hat, oder Tag der Kapitulation, was die völkerrechtliche Sicht auf den 8. Mai 1945 betrifft. Wenn subjektiv unterschiedliche Erfahrungen mit historischen Tatsachen politisch verabsolutiert werden, sind Fehler, überspitztes Handeln und Übertreibungen von Politikern nicht auszuschließen. Damit umzugehen, ist schwer, es sei denn, man beachtet – nach Grotewohl – aus welcher Vergangenheit jene handelnden und jene nichthandelnden Politiker bzw. Arbeiterführer gekommen sind – sofern Kanzler Arbeiterführer waren oder so gesehen werden wollten.

War Grotewohl von solchen Fehlern und überspitztem Handeln frei? Nein, ganz sicher nicht, welcher Politiker ist frei von Fehlern und Irrtümern. Otto Grotewohl war oft zögerlich, er hat als Mitglied des Politbüros sich sicher oft, wahrscheinlich zu oft zurückgehalten. Er hat zu manchem geschwiegen, zu dem er sich besser geäußert hätte. Otto Grotewohl hatte mit Macht zu tun, war aber kein Machtmensch, der sich überall in den Vordergrund gedrängt hat. Besonders in den ersten Jahren nach dem Krieg haben viele bei ihm Rat und Hilfe gesucht, aber er hat sich nie instrumentalisieren lassen. Noch viel zu wenig ist sein Briefwechsel mit Künstlern und Wissenschaftlern und sein Einfluss auf die Herausbildung eines demokratischen kulturellen Lebens im Osten Deutschlands untersucht. Als Ministerpräsident der DDR verkörperte er eine neue Verbundenheit zwischen Volk und Kultur. Eine seiner Glanzleistungen war seine Interpretation von Beethovens 9. Symphonie 1948 auf einer Kulturkonferenz in Weimar.

Seit die neue Bundesregierung unter einer christdemokratischen Kanzlerin im Amt ist, wird viel von einem gravierenden Einschnitt in die deutsche Außenpolitik geredet. Deutschland müsste seine bisherige militärische Zurückhaltung aufgeben und mehr internationale Verantwortung wahrnehmen. So predigte der evangelische Pfarrer Joachim Gauck, z. Zt. Bundespräsident Deutschlands, 2014 auf der Münchner Versammlung internationaler Militärs und Rüstungslobbyisten. In einem Wortschwall von Freiheitsphrasen dozierte er, Deutschland dürfe sich nicht mehr hinter seiner historischen Schuld „verstecken“. Sollen deutsche Schuld an zwei Weltkriegen und massenhafte Kriegsverbrechen vergessen sein? Das ist politische Ignoranz gegenüber Wahrheiten der deutschen und europäischen Geschichte der letzten einhundert Jahre. Zur Durchsetzung der Menschenrechte sei nach Gauck auch der „Einsatz von Militär möglich“.¹⁹ Der deutsche Bundespräsident betreibt mit dieser Rede offene Kriegspropaganda. Dabei stehen ihm inhaltlich ein sozialdemokratischer Außenminister und zwei christdemokratische Frauen zur Seite, Kanzlerin die eine, Verteidigungsministerin die andere. Joachim Gauck, 1940 in Rostock geboren, hat seine Kinderjahre in Wustrow auf dem Fischland/Darss ohne Bombenkrieg erlebt. Kanzlerin, Außenminister und de facto Kriegsministerin wurden nach dem Zweiten Weltkrieg,

1954, 1956, 1958, geboren, Bombardierungen haben sie nur auf andere Länder im Fernsehen gesehen. Das muss man wissen, wenn man deren Politik beurteilt. Hinzuzusetzen wäre, dass Deutschland an Bombeneinsätzen gegen Jugoslawien und Afghanistan direkt, gegen den Irak und Libyen indirekt beteiligt war. Wie soll es weitergehen? Siebzig Prozent unseres Volkes sind gegen deutsche Teilnahme an USA- oder NATO-Interventionen. Die Kanzlerin, die Regierung und die Mehrheit im Deutschen Bundestag nehmen den Willen des Volkes nicht zur Kenntnis.

Setzt man beim Politiker und ehemaligen Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl die Relation von Geist und Macht an, dann dominiert der Geist, wie auch bei Willy Brandt. Bleibt zu wünschen, dass die jetzige Regierung von diesem demokratischen humanistischen Geist wenigstens einen Bruchteil übernehmen und in friedliche Außenpolitik der guten Nachbarschaft zu allen Staaten umsetzen würde. Otto Grotewohl ist seit fünfzig Jahren tot, sein Geist sollte wach gehalten werden.

Anmerkungen

- 1 Johann Wolfgang von Goethe: Materialien zur Geschichte der Farbenlehre. Baco von Verulam. In: Goethe – Von Mensch und Menschheit. Aus seinem Dichten und Denken, Leipzig 1949, S. 250.
- 2 Zitiert in: Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Berlin 1998, S. 301. Diese Tagebucheintragung erfolgte etwa 1918.
- 3 Ebenda, S. 303.
- 4 Ebenda, S. 302.
- 5 Zitiert nach: Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Edition Luisenstadt Berlin 1994, Dokumente, Band1, Mai 1945 bis April 1946, S.80. Leitung der Auswahl und Einleitung Wolfgang Triebel.
- 6 Rede Kurt Schumachers vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers: „Wir verzweifeln nicht!“ In: Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952. Hg. Willy Albrecht, Berlin – Bonn 1985, S. 230/231.
- 7 Ebenda, S. 92, Fußnote 22.
- 8 Gespräch mit Frau Nora Kuntzsch am 9. Oktober 1992 in Hannover. In: Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen, Berlin 1998, S. 162.
- 9 Der englische Text lautet: „And there is also the danger that if Schumacher wins the leadership of the party in the west he will refuse to cooperate with Grotewohl, the abler and better man, and thus cause a schism in the party which would seriously affect the fate of the Social Democrats in the Russian Zone.“ Zitiert nach: Lucio Caracciolo in Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte. Jahrgang 36 (1988), Heft 2, S. 284.
- 10 Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Band IV, Köln 1990, S. 693.
- 11 Die erste Sechzigerkonferenz von KPD und SPD hatte am 20./21. Dezember 1945 stattgefunden, in der jeweils 30 Vertreter jeder Partei alle strittigen Fragen zwischen ihnen diskutierten. Liest man Reden der Teilnehmer heute, dann wurde bei weitem nicht alles *ausdiskutiert*, sondern man musste sich einigen unter dem Druck der Erfahrungen aus dem Widerstandskampf und dem Druck der Widersprüche der Siegermächte.
- 12 Ebenda, S. 165 und 166.
- 13 Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO Barch), Nachlass Otto Grotewohl, Akte NL 90/635. Dr. Josef Wirth war Reichskanzler a. D., Dr. Otto Braun, ehemaliger Preußischer Ministerpräsident, Dr. Wilhelm Hoegner, Staatsanwalt, alle waren bürgerliche Intellektuelle, die sich vor den Nazis verborgen gehalten hatten.
- 14 Archiv der Sozialen Demokratie beim Parteivorstand der SPD, Nachlass Kurt Schumacher, Mappe 249.
- 15 Im Nachlass von Kurt Schumacher im AdsD, Mappe 251, befinden sich Vergleiche der 1948 vorliegenden Verfassungsentwürfe des Chiemseer Verfassungskonvents, des Deutschen Volksrats der sowj. Zone, die Ellwanger Grundsätze und der Entwurf Dr. Walter Menzels. Trotz aller Unterschiede waren Kompromisse denkbar.
- 16 Otto Grotewohl: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Erstausgabe Juli 1948. Neuauflage Dietz Verlag Berlin 1952, S. 11/12.
- 17 SAPMO Barch, ZPA, Akte II 2/3, Bl. 11.
- 18 SAPMO Barch, ZPA, Akte I, 2/2/20, Bl. 82.
- 19 Alle Zitate aus der Rede von Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 aus: <http://www.faz.net/aktuell/Politik/inland/gauck-rede-im-wortlaut-deutschland-muss-b...>

Prof. Dr. Jörg Roesler

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: Erfolge und Defizite*

1. Die Geschichte des RGW nicht nur vom Ende her betrachten

Am 28. Juni 1991 fand in Budapest die letzte Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) statt. Beschlossen wurde die Selbstaflösung der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die DDR, die bereits ein Jahr vorher mit der Währungsunion ihre wirt-

schaftliche Souveränität aufgegeben hatte, war mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 aus dem RGW ausgeschieden. Das Ende des RGW – ein halbes Jahr vor dem Zerfall der Sowjetunion – löste keinerlei Überraschung aus. Die Wirtschaftsgemeinschaft hatte sich in den vorangegangenen anderthalb Jahren zunehmend selbst demontiert.

Von diesem ruhmlosen Ende her gesehen scheint auf die Geschichte des RGW zuzutreffen, was manche auch für die DDR-Geschichte behaupten, dass sie eine „Geschichte des Untergangs auf Raten“¹ gewesen sei, dass der RGW nur Defizite, keine Erfolge aufwies, dass es nicht lohne, sich seiner zu erinnern. Doch so einfach, wie man sie heute gern aus der Sicht seines Ende strickt, ist die RGW-Geschichte nicht. Der sozialistische Wirtschaftsverband wies durchaus Entwicklungschancen auf und konnte über Jahre Erfolge verbuchen.

2. Der Anfang des RGW: Die osteuropäische Antwort auf den Marshallplan

Zu einer osteuropäischen Wirtschaftsvereinigung kam es zwangsläufig, als erkennbar wurde, dass die seitens der USA an die Mitgliedschaft in der „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OEEC, der Organisation zur Durchführung des Marshallplans) geknüpften politischen Bedingungen für die UdSSR und damit auch für die von ihr beherrschten Länder nicht akzeptabel waren.² Die Antwort der USA war die Ausweitung des Kalten Krieges auf die Wirtschaftsbeziehungen. Im Artikel 117 des Marshallplanstatuts, das am 3. April 1948 in Kraft trat, wurde allen OEEC-Ländern die Lieferung von Embargowaren nach Osteuropa untersagt. 1949 entstand das „Koordinierungskomitee für Ost-West-Handelspolitik“ (COCOM), das die Durchführung des Embargos überwachte.³ Als Antwort wurde im Januar 1949 eine Organisation geschaffen, die gegenseitige Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Kompensation der ausfallenden Warenlieferungen aus dem Westen versprach – der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) – und die Handelsbeziehungen untereinander intensivieren sollte.

Die „brüderliche Koordinierung der Wirtschaftspläne“ mittels verstärkten Warenaustausches, niedrig verzinsten sowjetischer Investitionskredite (die westeuropäischen Länder gaben keine mehr aus, kündigten sogar abgeschlossene) sowie unentgeltlicher Vergabe von Lizenzen auf wissenschaftlich-technischem Gebiet sollte – so der sowjetische Außenhandelsminister Anastas I. Mikojan⁴ zwar ein Mittel zur engeren Verbindung der Sowjetwirtschaft mit den Ökonomien der „volksdemokratischen Länder“ Osteuropas und dieser untereinander sein und diese zukünftig an das Industrialisierungsniveau des Westens heranführen, war aber nicht als Baustein für eine politische wie wirtschaftliche Vereinigung der osteuropäischen Staaten gedacht. Die Mitgliedsstaaten blieben souverän. Es gab keine supranationalen Institutionen, die Entscheidungen fällten. Die Beschlüsse wurden also intergouvernemental gefasst. Es gab auch keine Mehrheitsbeschlüsse, die die in der Minderheit befindlichen Staaten zu akzeptieren hätten. Aus den grundlegenden Vereinbarungen, die zur Gründung des RGW führten, wurde darüber hinaus festgelegt, dass jedes Land unabhängig von seiner Größe und Wirtschaftskraft über nicht mehr als eine Stimme verfügen sollte und dass die Wirtschaftsorganisation ihre Beschlüsse nur unter der Voraussetzung fassen wird, dass jedes betroffene Land einverstanden ist.⁵ Demonstriert wurde das Prinzip der Gleichberechtigung dadurch, dass die RGW-Tagungen abwechselnd in den Hauptstädten der Mitgliedsländer abgehalten wurden, wobei der Vertreter des Gastgeberlandes jeweils den Vorsitz führte.⁶ Souverän blieben die RGW-Staaten auch in der Planung. Die nationalen Pläne wurden mit den jeweiligen Partnern bilateral abgestimmt.⁷

Polens damaliger Premier Jozef Cyrankiewicz lobte den RGW als eine Gemeinschaft, „in dem die Interessen und die Entwicklungsperspektiven jedes einzelnen Landes respektiert werden.“ Im gleichen Sinne, den Erhalt der nationalen Souveränitätsrechte ungeachtet der vorgesehenen engen ökonomischen Zusammenarbeit hervorhebend, äußerten sich tschechoslowakische, ungarische und bulgarische Politiker und Presseorgane.⁸

Die Motive für diese – zumindest juristisch – gegensätzliche Ausgangsposition des RGW zur Gründung der westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft liegen auf der Hand: Jede supranationale Lösung hätte die RGW-Länder für jedermann sichtbar zu einem wirtschaftlichen Anhängsel der Sowjetunion gemacht und auch deren politische Souveränität – so formaljuristisch sie auch immer war – untergraben. Die stärkere Betonung der nationalen Souveränität im Osten gegenüber Westeuropa war erklärbar: Die Europaideen, die in West- und Mitteleuropa in den

20er Jahren Anklang gefunden hatten, waren in Osteuropa weit weniger auf Resonanz gestoßen. Verglichen mit Westeuropa handelte es sich bei den osteuropäischen Ländern um „junge Nationalstaaten“. Sie waren erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unabhängig geworden, wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien, bzw. wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg (wieder) souveräne Staaten wie Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Albanien.

Der Wiederaufgabe der mühsam erworbenen Souveränitätsrechte zugunsten einer von der Sowjetunion dominierten supranationalen (Wirtschafts)organisation konnten die osteuropäischen Politiker nicht zustimmen. Die sowjetische Führung wusste diese Haltung zu respektieren, zumal sie – auf der „Parteischiene“ und unter Stalin – gegenüber den osteuropäischen Staaten über andere politische Durchgriffsmöglichkeiten verfügte.⁹ Die Ausnahme bildete Jugoslawien. Tito hatte sich bereits 1947 mit Stalin überworfen. Jugoslawien wurde – im sowjetischen Sinne folgerichtig – dann auch der Eintritt in den RGW verwehrt.¹⁰ In den 50er Jahren blieb die intergouvermentale Entscheidungsstruktur im RGW unangetastet. Die vierte Ratstagung des RGW im März 1954 und das im Dezember 1959 beschlossene Statut des RGW bestätigten die im Gründungsdokument vom Januar 1949 festgelegten Organisationsprinzipien der Zusammenarbeit.¹¹

3. Des RGW erfolgreichste Entwicklungsperiode (50er Jahre)

Dass sich in den ersten 10 Jahren des RGW so wenig an seiner Organisationsstruktur änderte, hatte vor allem damit zu tun, dass es seitens der Teilnehmerstaaten Grund zur Zufriedenheit mit der Arbeit des RGW gab. Die Beratungen der RGW-Organe über Produktionsfragen waren bis Mitte der 50er Jahre vor allem darauf gerichtet, den langfristig geplanten Warenverkehr zu organisieren sowie durch gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch neue Ressourcen an Roh- und Brennstoffen sowie an Energie zu erschließen.¹² Zu einer Abstimmung in der verarbeitenden Industrie kam es in dieser Zeit generell noch nicht. Doch in noch geringem Umfang und für begrenzte Zeit kam es auch damals schon zu mehrseitigen Produktionsabsprachen. Größere Bedeutung erlangten bilaterale Abkommen, die zur Verwirklichung bestimmter Projekte in den Fünfjahrplänen abgeschlossen wurden. Dabei überwogen schwerindustrielle Vorhaben.¹³

Nachdem die Grundlagen eigenständiger industrieller Entwicklung innerhalb kurzer Zeit geschaffen waren, galt es Parallelentwicklungen zu verhindern. Die IV. Tagung des RGW setzte deshalb im März 1954 die Plankoordinierung für die zukünftige Arbeit des RGW an die erste Stelle. Spezialisierung und Kooperation in der Produktion sollten zur Hauptaufgabe des RGW werden. Aber noch nahm man Abstand von konkreten Empfehlungen.¹⁴

Man glaubte, sich Zeit lassen zu können, da die dem RGW bei seiner Gründung zugrunde gelegte Entwicklungsstrategie sich in vielerlei Hinsicht bewährt hatte. Der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen war zwischen 1950 und 1960 in allen RGW-Ländern (mit Ausnahme der UdSSR, die ihre Industrialisierungsphase bereits abgeschlossen hatte) angewachsen. Besonders rasch gestiegen war der Industrieanteil in denjenigen Staaten Osteuropas, die 1950 noch zu den Agrarländern gehörten bzw. einen geringen Industrialisierungsgrad aufwiesen. In Bulgarien stieg der Anteil der Industrie am produzierten Nationaleinkommen zwischen 1950 und 1960 von 36,8 % auf 45,6 %, das heißt um 8,8 Prozentpunkte, in Ungarn von 26,5 % auf 36,0 %, das heißt um 9,5 Prozentpunkte und in Polen von 31,8 % auf 39,6 %, das heißt um 7,7 Prozentpunkte.¹⁵ Innerhalb der Industrie hatte sich in allen RGW-Ländern das Schwergewicht von der Leichtindustrie zur metallverarbeitenden Industrie verschoben. So erhöhte sich deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion zwischen 1950 und 1958 in der DDR von 24,0 % auf 29,9 %, in der CSR von 20,8 % auf 32,7 %, in Ungarn von 19,0 % auf 23,0 %, in Rumänien von 13,3 % auf 21,8 % und in Bulgarien von 8,4 % auf 13,2 %.¹⁶

Gegen Ende der 50er Jahre hatte allerdings der RGW die ihm bei seiner Gründung mitgegebenen Möglichkeiten auf dem Gebiet des Warenaustausches, der Lizenzvergabe und von Krediten als Mittel der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Angleichung des Entwicklungsniveaus der Mitgliedsstaaten aneinander weitgehend ausgeschöpft.

4. Erste Bemühungen, den RGW veränderten Anforderungen anzupassen (1958 – 1962)

Die in den 50er Jahren in den RGW-Ländern erreichten Strukturveränderungen hatten zu einer Annäherung der Entwicklungsniveaus geführt, nicht aber zu einem Ausgleich. So waren zum Beispiel, gemessen am Anteil der metallverarbeitenden Industrie an der Industrieproduktion, in der Rangfolge der RGW-Länder innerhalb von acht Jahren keinerlei Veränderungen eingetreten. Es gab weiteren Anlass zum Nachdenken über die bisherige Integrationskonzeption: Gemessen am materiellen Nettoprodukt hatte sich das Entwicklungstempo der RGW-Länder zwischen der ersten und zweiten Hälfte der 50er Jahre verlangsamt.¹⁷ Noch deutlicher wurde der Rückgang der wirtschaftlichen Wachstumsraten Anfang der 60er Jahre. Eine Wachstumsschwäche wiesen in diesen Jahren in erster Linie die stärker industrialisierten Länder auf. In der DDR verringerte sich der jährliche Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens von 9,7 % im Jahr 1958 auf 1,6 % 1961 und 3,5 % 1963.¹⁸ In der Tschechoslowakei sank der Zuwachs des Nationaleinkommens von durchschnittlich 7,0 % in den Jahren 1956 bis 1960 auf 1,9 % im Zeitraum 1961 – 1965.¹⁹ 1963 schrumpfte das Nationaleinkommen sogar. Der Produktionsrückgang hörte zwar 1964 auf, doch konnte in der Tschechoslowakei von der Erreichung der Fünfjahrpläne 1961 – 1965 keine Rede mehr sein.²⁰ Das traf auch auf den Siebenjahrplan der DDR (1959 – 1965) zu.

Auch die UdSSR wies Anfang der 60er Jahre in einigen Bereichen deutliche Wachstumsschwächen auf. War das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1950 und 1955 um 57 % gewachsen, und zwischen 1955 und 1960 noch um 42 %, so waren es zwischen 1960 und 1965 nur noch 27,4 %.²¹ Alarmierend wirkte diese Entwicklung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Fortschritte der EWG-Länder. War man in der DDR noch Mitte der 50er Jahre davon ausgegangen, die Bundesrepublik bis 1961 im Pro-Kopf-Verbrauch und in der Arbeitsproduktivität einholen zu können, und wollte parallel dazu die Sowjetunion „in historisch kurzer Zeit“ die USA überholen,²² so mussten derartige Zielsetzungen bald als illusorisch erkannt werden. War das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in der DDR zwischen 1950 und 1955 verglichen mit dem der BRD (= 100 gesetzt) noch von 35,2 % auf 38,3 % gestiegen, so hatte es sich 1960 gegenüber 1955 lediglich um 0,6 Prozentpunkte auf 38,9 % erhöht und ging in der ersten Hälfte der 60er Jahre relativ gesehen sogar zurück.²³

Es war also nicht verwunderlich, dass es der Sowjetunion wie auch der DDR und der Tschechoslowakei dringend geraten schien, nicht nur die Effizienz der nationalen Volkswirtschaften des Ostens, sondern auch deren wirtschaftlichen Zusammenschluss effektiver zu gestalten, um so das eigene nationale Wirtschaftswachstum wie das der Gemeinschaft (wieder) zu beschleunigen. Hatte man sich in der ersten Etappe (1949 – 1958) auf die bilaterale Koordinierung der Produktionspläne und die mittelfristig über Pläne abgestimmte gegenseitige Lieferung von Waren und von kompletten Ausrüstungen beschränkt, so sollte sich der RGW in einer 1958 beginnenden neuen Entwicklungsetappe auf die Kooperation und Spezialisierung der Produktion auf der Grundlage einer intensiveren Koordinierung der Volkswirtschaftspläne konzentrieren. Dabei blieb die Abstimmung der nationalen Produktionspläne freiwillig.²⁴ Das Ergebnis konnte nicht befriedigen. „Praktisch waren alle Versuche einer multilateralen Koordinierung der Pläne vergeblich, nicht nur für die Fünfjahrpläne 1956 – 1960, sondern auch für die für 1961 – 1965“, schätzte der britische Osteuropaforscher Michael Kaser ein.²⁵

Das enttäuschende Integrationsergebnis hatte damit zu tun, dass mit der jeweiligen Spezialisierungsempfehlung lediglich der bis dahin existierende Produktionsstandort bzw. Produktionszustand im RGW-Bereich festgeschrieben wurde. Die Mehrzahl z. B. der auf der 7. Ratstagung im Mai 1956 gebilligten Spezialisierungsempfehlungen bezog sich auf die DDR und die Tschechoslowakei. Sie betrafen Rumänien und Bulgarien dagegen kaum. Das hatte weniger mit dem Fehlen entsprechender Produktionskapazitäten in den jeweiligen Ländern zu tun als mit dem unzureichenden Bestand an qualifiziertem Personal. Bei der Auswahl der Spezialisierungsstandorte spielte auch eine Rolle, dass der Investitionsbedarf (besonders für regionale Folgeinvestitionen) so niedrig wie möglich gehalten werden und die niedrigsten Produktionskosten und die höchste Arbeitsproduktivität an den Standorten der Konzentration spezialisierter Produktion realisiert werden sollten. Auch hier schnitten die weniger industrialisierten Länder schlechter ab als die bereits stärker industrialisierten und blieben aus bestimmten Spezialisierungsvorhaben ausgeschlossen.

5. Verstärkte Bemühungen um die Umwandlung des RGW, aus einem intergouvernementalen in einen supranationalen Wirtschaftsverband (19612 -1964)

Vor dem Hintergrund des Anfang der 60er Jahre zu verzeichnenden unzureichenden qualitativen und quantitativen Wachstums wird die Absicht der UdSSR verständlich, der Spezialisierung und Kooperation innerhalb des RGW einen anderen Dringlichkeitsgrad zu verleihen, der es den RGW-Organen erlauben würde, mehrheitlich getroffene Entscheidungen in jedem Mitgliedsstaat durchzusetzen. Das war unter den gegebenen ordnungspolitischen Voraussetzungen, das heißt im zentralistisch-administrativen Planungssystem vor allem auf einem Wege möglich – dem der Übertragung von wesentlichen Planungsbefugnissen von den nationalen Plankommissionen auf eine supranationale Planungsbehörde, die das Recht hatte, verbindliche Planungsentscheidungen zu treffen und deren Erfüllung zu überwachen.²⁶ Einen entsprechenden Schritt kündigte Nikita Chruschtschow im August 1962 an,²⁷ nachdem auf der 16. Ratstagung im Juni im Zusammenhang mit der Verabschiedung der „Grundprinzipien der sozialistischen Arbeitsteilung“ die intensivere Integration diskutiert worden war. Seinen Vorschlag für die „Bildung eines einheitlichen Planungsorgans“, welches „hohe Autorität und große Rechte besitzen“ sollte, wiederholte Chruschtschow im November 1962 und sie stand auf der 17. Ratstagung im Dezember 1962 noch einmal auf dem Programm.²⁸

Während einer im 2. Halbjahr 1962 „international geführten Diskussion über das Verhältnis von Nationalem und Internationalem“, die auch in den leitenden Gremien der kommunistischen Parteien der RGW-Mitgliedsländer stattfand,²⁹ wurde die Spaltung der Teilnehmerstaaten in Befürworter und Gegner supranationaler Institutionen offensichtlich. Energischster Befürworter des sowjetischen Vorschlags war die DDR. Nach Bruno Leuschner, seit 1952 Vertreter der DDR im RGW, bis 1961 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR und ab Juni 1962 Vertreter der DDR im Exekutivkomitee des RGW, sei das Hauptziel des osteuropäischen Wirtschaftsverbandes „die Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Länder“. Der Weg dahin führe aber unvermeidlich „über die Organisierung der Produktion unter optimalen technischen Bedingungen, über gemeinsame Anstrengungen bei der Durchführung wichtiger Investitionen“. Dafür benötige man im RGW „neues Denken und neue Methoden“.³⁰ Während auch die Führung der Tschechoslowakei Chruschtschow sekundierte, gab es andere Mitgliedsstaaten, die sich den neuen, international durch den verschärften ökonomischen Wettbewerb und die wissenschaftlich-technische Revolution geprägten Bedingungen offensichtlich nicht zu stellen gedachten. Das waren Polen, Bulgarien und vor allem Rumänien, das – einem Bericht der DDR-Tagungsteilnehmer im SED-Politbüro zufolge – lediglich „für eine lose Zusammenfassung der Länderpläne“ zu gewinnen sei. „Sie sagen, ... wir wären kein Agraranhängsel anderer Länder und auch keine Halbkolonie“. Nach Auffassung der Führung der rumänischen KP hätten bisher aus der Koordinierung und Spezialisierung im RGW lediglich „die Deutschen, die Russen und die Tschechen Vorteile“ gezogen. „Eine echte internationale Zusammenarbeit“, gaben die DDR-Vertreter die Argumente der Gegner einer supranationalen Planungsinstitution wider, „sei aber erst dann möglich, wenn Rumänien das Niveau der DDR und der CSSR (auch im Lebensniveau) habe“.³¹ Ähnlich, wenn auch nicht so prononciert, argumentierte man in der bulgarischen KP-Führung.³²

Die Diskussionen offenbarten: Bulgaren und Rumänen befürchteten, innerhalb der RGW-Spezialisierung auf den Status von Lieferanten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen herabgedrückt zu werden, da die verarbeitende Industrie dieser Staaten das Niveau für die Teilnahme an einer hochspezialisierten Arbeitsteilung nicht hatte. Im Interesse ihres Landes schien eher die Fortsetzung der „all round Industrialisierung“ angebracht, wie sie der Gründungsideologie des RGW zugrunde gelegen hatte.

Als schweres Handicap für die Befürworter supranationaler Institutionen zur Koordinierung der Planungsarbeit im RGW erwies sich in den Auseinandersetzungen des zweiten Halbjahres 1962, aber auch während des Jahres 1963, dass in den verabschiedeten „Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ sowohl die bilaterale als auch die multilaterale Koordinierung der Volkswirtschaftspläne als „Hauptmittel“ einer vertieften Arbeitsteilung festgehalten worden war. Ohnmächtig musste sich Chruschtschow, als er im Juni 1963 Bukarest besuchte, von Gheorghiu-Dejs designiertem Nachfolger, Nicolae Ceausescu belehren lassen: „Hinsichtlich des Problems der zwischenstaatlichen Wirtschaftskomplexe, das heißt der Schaffung von Wirt-

schaftszonen von verschiedenen Ländern, die sich vom ökonomischen Standpunkt aus grenzübergreifend ergänzen würden, wird die Abschaffung der Staatsgrenzen vorgeschlagen. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie sich das mit der nationalen Souveränität vertragen soll. Die These über die Vereinheitlichung der Entwicklungsniveaus der Länder des sozialistischen Systems im ganzen ist richtig, aber sie ist nicht unbedingt für jedes einzelne sozialistische Land gültig.“³³

Noch im gleichen Jahr musste Chruschtschow von seinem Traum, den Exekutivrat des RGW mit supranationalen Befugnissen auszustatten, endgültig Abschied nehmen, nachdem auf dessen in kurzen Abständen durchgeführten Beratungen deutlich geworden war, dass kein Durchbruch in Richtung supranationaler Behörde zu erreichen war.³⁴ In der April-Deklaration von 1964 verkündete das ZK der Rumänischen Arbeiterpartei dann offiziell, dass es Eingriffe in die nationale Planungshoheit auch als solche in die politische Souveränität betrachte und machte den internen Streit um die zukünftige Entwicklung des RGW auf diese Weise weltweit publik.³⁵

Chruschtschow wurde ein halbes Jahr später als Parteichef durch Leonid Breschnew abgelöst. Breschnew entsagte dessen Ambitionen, den RGW mit einer supranationalen Planungszentrale ausstatten zu wollen – mit von den Befürwortern einer integrierten Planung befürchteten Folgen. Ohne gemeinsame multilaterale Planung (anstelle bilateraler Planabstimmung) kam die Spezialisierung nicht voran. Bis 1965 wurden von 80 000 – 100 000 Typen an Maschinen und Ausrüstungen, deren Vorhandensein für Industrieländer damals charakteristisch war, lediglich 1600 im Rahmen des RGW spezialisiert gefertigt.³⁶ Die von Chruschtschow angestrebte Wirtschaftsunion mittels supranationaler Planung war erst einmal vom Tisch. Als zwei der „Haupt Hindernisse eines kontinuierlichen Fortschritts in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern“ konstatierte der polnische Ökonom Jerzy Wilczynski auch 1974 noch „nationale Differenzen“ und „mangelhafte supranationale Autorität“.³⁷

6. Die Zeit bescheidener Erfolge und zunehmender Defizite in der Entwicklung des RGW (Mitte der 60er bis Mitte der 80er Jahre)

Unter Breschnew als Generalsekretär der KPdSU wurde der Chruschtschowsche Versuch des „Big Bang“, der Versuch, den RGW mit einem Schlag zu einem supranationalen Führungsorgan zu machen und damit bezüglich der einheitlichen Lenkung die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zu überholen ohne sie erst einholen zu müssen, nicht noch einmal unternommen. Parteichef Breschnew und Ministerpräsident Kossygin ging es „nur noch“ um schrittweise Verbesserungen auf dem Gebiet der Koordinierung der Pläne und im Bereich der Erzeugnisspezialisierung.

Einer der unter diesen Bedingungen erzielten typischen Kompromisse war die Einführung des „Prinzips der interessierten Länder“ in die RGW-Arbeit in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Dabei lag es bei vorgeschlagenen Integrationsmaßnahmen in der vollen Entscheidungsbefugnis eines jeden Mitgliedslandes, seine „Nichtinteressiertheit“ für eine bestimmte Maßnahme bzw. für ein Projekt zu erklären oder sein Interesse. Damit wurde das Einstimmigkeitsprinzip bei der Einführung neuer Integrationsformen insofern umgangen, als dass sich von deren Ausarbeitung und Abstimmung „nicht interessierte Länder“ einerseits fernhalten konnten, andererseits eine vollständige Blockade der Integrationsmaßnahme durch das Veto eines oder mehrerer Mitgliedsländer vermieden wurde.³⁸ Für die „nicht interessierten Mitgliedsländer“ waren die getroffenen Entscheidungen dann allerdings nicht verbindlich.

Auch das 1971 beschlossene „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“,³⁹ die Schaffung von weiteren Spezialorganisationen des RGW (sechs Industriezweigorganisationen, drei Transportorganisationen, zwei Post- und Fernmeldeorganisationen, drei Wissenschaftsorganisationen) sowie die Gründung einer weiteren RGW-Bank änderten an der Situation, wie sie sich Mitte der 60er Jahre ergeben hatte, prinzipiell nichts.⁴⁰

Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern Schritt für Schritt konnte nicht mehr verhindern, was bei zentraler RGW-Planung undenkbar gewesen wäre: Fast alle RGW-Länder entwickelten mit Beginn der 70er Jahre Wirtschaftsstrategien, die darauf zielten, die Ausdehnung bzw. Modernisierung ihrer Industrien auch mit Hilfe westlicher Technologie-

importe voranzutreiben und dafür Rohstoffe und Halbfertigwaren bzw. Erzeugnisse der Standortproduktion in den Westen zu liefern. „Die Schwächen des Intra-RGW-Handels bei der Versorgung mit modernen Investitionsgütern überwogen auf die Dauer die Vorteile an Verfügbarkeit und Kosten“, kommentierte der Wirtschaftshistoriker Ralf Ahrens diese Entwicklung.⁴¹ Hinter Rumäniens Widerstand gegen eine zentrale RGW-Planung hatten bereits 1962 auch Überlegungen gestanden, Investitionsgüter (am liebsten komplette Fabrikanlagen) im Westen im Austausch für Erdöl bzw. gegen aus dem Tourismus erzielte Devisen zu erwerben. Nunmehr wurde diese Haltung im RGW-Bereich allgemeine Politik.⁴² Sie führte Ende der 70er Jahre dazu, dass die Mehrzahl der RGW-Länder – Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Polen, aber auch die DDR⁴³ – den Westhandel ausdehnten und sich bei westlichen Banken, die neue Anlagemöglichkeiten für ihre „Eurodollars“ gesucht hatten, mit Krediten für Importe versorgten. In den 80er Jahren wurde die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite ein so drückendes Problem, dass die Volkswirtschaften einiger Länder, darunter auch die DDR, ihre Wirtschaftspolitik immer deutlicher auf den „Westexport um jeden Preis“ ausrichten mussten⁴⁴, wodurch die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit im RGW auf dem Papier blieb.⁴⁵ Ahrens benennt als einen „Hauptgrund für die Überschuldung der DDR im Westen die Defizite der Arbeitsteilung im RGW“.⁴⁶

Die Vernachlässigung der weiteren Entwicklung der Warenaustauschbeziehungen im RGW und die Hinwendung zum Handel mit dem Westen brachten jedoch die Mitgliedsländer ihren bei der Gründung des RGW verfolgten strategischen Zielen nicht näher. Weder gelang in den 70er und 80er Jahren der Ausgleich der Entwicklungsdiskrepanzen zwischen den Mitgliedsländern im gewünschten Tempo noch vollzog sich die Annäherung an das Wirtschaftsniveau der 1968 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) gemauerten EWG rascher als in den 50er oder in den 60er Jahren. Stellvertretend für alle Länder seien hier für die DDR Angaben gemacht: Die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, die im Jahrfünft 1966 – 1970 5,0% betragen hatten, sanken von Jahrfünft zu Jahrfünft ab und betrugen 1986 – 1989 2,1 %. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, das in der DDR 1970 bei 37,7 % des bundesdeutschen Niveaus gelegen hatte, erhöhte sich zwar, aber nur sehr langsam, bis 1980 auf 40,2 % und bis 1989 auf 44,8 %.⁴⁷

Es wurde den Mitgliedsländern zunehmend klar – zu versuchen, im RGW weiterhin mit kleinen Schritten voranzukommen, machte keinen Sinn mehr. Grundlegende Reformen waren notwendig.

7. Erneute Reformdebatte und finale Krise des RGW (Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre)

Die Reformdebatte setzte Mitte der 80er Jahre ein, nachdem in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Schwächen der „sozialistischen ökonomischen Integration“ deutlich zu Tage getreten waren. Vor allem von den Regierungen Polens und Ungarns wurde immer wieder kritisiert, dass das Preis- und Verrechnungssystem des RGW in Gestalt des Transferablen Rubels Arbeitsteilung, Außenhandel und damit letztlich das Wirtschaftswachstums innerhalb der Mitgliedsländer begrenze, wie es auch das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bremse. Zwar wurden innerhalb des RGW auch in den 80er Jahren durchaus noch Antworten gefunden, zum Beispiel in Gestalt des „Komplexprogramms zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts der Mitgliedsstaaten des RGW bis zum Jahre 2000“. Doch gelang es dem sozialistischen Wirtschaftsverband weder organisatorisch noch wirtschaftspolitisch, etwas Entscheidendes zu bewegen. Die 44. Ratstagung im Juli 1988 in Prag machte deutlich, dass der RGW zu gemeinsamen Handlungen kaum noch fähig war. Die Abkehr vor allem Polens und Ungarns, aber seit 1987 zunehmend auch der Sowjetunion von der traditionellen Planung und Arbeitsteilung in der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft brach dem RGW, dessen Hauptintegrationsinstrument traditionell die bilaterale Planabstimmung war, gewissermaßen das Rückgrat. Allen Beteiligten war bewusst: ein neues Integrationssystem musste gefunden werden – jenseits von Plan-Bilateralismus und auf der Grundlage konvertierbarer Währungen. Auf der Prager RGW-Tagung wurde eine Kommission eingesetzt, die unter der Verantwortung des ungarischen Ministers für Außenwirtschaft neue Aufgaben, neue Organisationsformen und einen neuen Funktionsmechanismus für den RGW finden sollte. Getan hatte sich in den folgenden anderthalb Jahren offensichtlich kaum etwas, denn auf dem 45. Treffen der RGW-

Mitgliedsländer Anfang Januar 1990 in Sofia wurde auf Antrag Polens eine unmittelbar der Ratstagung unterstehende Kommission eingerichtet, die innerhalb von sechs Monaten den Plan für eine grundlegende Umstrukturierung des Rates vorlegen sollte. Der politische Hintergrund: Zur allgemeinen Überraschung der Mitgliedsstaaten übernahm die Sowjetunion, deren Politiker den RGW-Handel zunehmend als Bürde betrachteten, die Positionen Ungarns und Polens und forderte nunmehr ihrerseits für die Wirtschaftsgemeinschaft einen Warenaustausch entsprechend den aktuellen Weltmarktpreisen und eine Abrechnung von Export- bzw. Importüberschüssen in konvertierbaren Währungen ab Januar 1991. Während im Verlaufe des Jahres 1990 innerhalb des RGW noch verschiedene Übergangsmodelle diskutiert wurden, begannen Polen, Ungarn und auch die Tschechoslowakei bereits ihren Handel mit der Sowjetunion in großen Teilen auf Weltmarktpreise und konvertierbare Währungen umzustellen.

Die DDR-Regierung von Hans Modrow hielt in ihrem Ende Januar 1990 verabschiedeten „Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform“ am RGW fest, auch wenn sie eine „schnell wirksame Rentabilitätsverbesserung in der Export-Importstruktur“ anmahnte. Die Regierung von Lothar de Maiziere, die nach dem Sieg der „Allianz für Deutschland“ am 18. März 1990 Anfang April die Regierungsgeschäfte aufnahm, ging davon aus, dass eine Substitution der Ostexporte, die sich – je nach Berechnungsmodus – auf mehr als die Hälfte bzw. zwei Drittel der Ausfuhr der DDR beliefen, durch verstärkte Exporte in den Westen nicht möglich sei und sprach sich erst einmal für die Beibehaltung des bilateralen Verrechnungssystems im Außenhandel mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten aus. Die Bundesregierung, die in der DDR zunehmend das Sagen hatte, billigte diesen Standpunkt. Der Mitte Mai 1990 zwischen beiden Regierungen verabschiedete Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sicherte den im Rahmen des RGW abgeschlossenen Ostexportverträgen Bestandschutz zu. Für die sich gerade von VEBs zu Treuhand-AGs und –GmbHs wandelnden Betrieben bestand damit die Möglichkeit, ihre Ostgeschäfte wie bisher weiter zu führen. Das erwies sich als eine Entscheidung von beträchtlicher Bedeutung. Denn unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Währungsunion am 1. 7. 1990 und der durch den Umtauschkurs 1:1 besiegelten beträchtlichen Verteuerung der Produkte der DDR-Betriebe waren diese auf den Westmärkten nicht mehr wettbewerbsfähig. Auch auf dem eigenen Markt kam es zu der zunehmenden Verdrängung ostdeutscher Erzeugnisse durch die westdeutsche Konkurrenz. Insbesondere für Maschinenbaubetriebe wurden unter diesen Umständen Lieferungen in die RGW-Länder, insbesondere die Sowjetunion, zum letzten Rettungsanker – allerdings nur noch bis zum auf der 45. RGW-Tagung vereinbarten Endtermin für den Transferablen Rubel, dem 31. 12. 1990. Dieses Datum bezeichnete das faktische Ende des RGW, dem das juristische dann ein halbes Jahr später, am 28. Juni 1991, folgte.

8. Fazit

Lässt man die mehr als 40 Jahre RGW-Geschichte Revue passieren und betrachtet man sie ohne Vorurteile, dann waren die Erfolge des RGW im ersten Jahrzehnt nach seiner Gründung beträchtlich, gab es auch in den 60er und 70er Jahren noch Teilerfolge. Die Chance von 1962/63, in Osteuropa zu einer wirklichen Wirtschaftsunion zu gelangen, wurde allerdings verthan, was die Gesamtbilanz des RGW negativ werden ließ.

Wie sich die Wirtschaft der osteuropäischen Länder entwickelt hätte, wenn 1962/63 der Exekutivrat des RGW mit supranationalen Befugnissen ausgestattet worden wäre, wissen wir natürlich nicht. Dass das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung – entgegen der heute verbreiteten Auffassung vom „Untergang auf Raten“ – nicht unbedingt „systemimmanent“ war, lehrt ein Blick auf die westeuropäischen Integrationsbemühungen. Dort musste die aus Marshallplan und Montanunion 1957 entstandene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die – anders als der RGW – supranationale Ansätze von Anfang an besaß⁴⁸, im Jahre 1966, nach fast einem Jahrzehnt wiederholter Bemühungen um die Schaffung einer (west-) europäischen Wirtschaftsregierung, diesen Plan erst einmal aufgeben.⁴⁹

Immer wieder, ob in Zusammenhang mit dem Werner-Plan von 1970, der Schaffung des Europäischen Währungssystems 1979, der Einheitlichen Europäischen Akte 1986, dem Maastrichter Vertrag von 1991, der Euro-Einführung 2002 oder dem Vertrag von Lissabon 2007 wurde seitens der Politiker behauptet, dass gefällte Entscheidungen ein wichtiger, wenn nicht der

entscheidende Schritt zu einer gemeinsamen europäischen (Wirtschafts-)regierung sei. Die politische Union wurde immer wieder mal – so zum Beispiel Bundeskanzler Helmut Kohl am Vorabend von Maastricht im November 1991 im Bundestag – als „unerlässliches Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion“ beschworen.⁵⁰ Immer wieder aber blieb ungeachtet aller Ergänzung und Modifizierung der Römischen Verträge, allen Redens über die erweiterte Anwendung „qualifizierter Mehrheiten“ bei wichtigen Entscheidungen, das Souveränitätsprinzip gewahrt, das nationalstaatliche Veto erhalten, verhinderten intergouvernemental organisierte Entscheidungsprozeduren ernsthafte Fortschritte auf dem Wege zu den „Vereinigten Staaten von Europa“.⁵¹

Die sozialistischen Länder hätten bei Zustandekommen und bei gutem Funktionieren des gemeinsamen RGW-Planungsamtes Mitte der 60er Jahre Vorteile bei der Wirtschaftsintegration gebucht, die im Wettbewerb beider Systeme Osteuropa Vorteile verschafft hätten.

Anmerkungen

* Einführungsvortrag in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 12. Dezember 2013.

- 1 Siehe: Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, Berlin 1993.
- 2 Anthony Sutcliffe: Cold War and Common Market: Europe 1945 – 1973, in: Derek H. Aldcroft/Anthony Sutcliffe (Hrsg.): Europe in the International Economy 1500 – 2000, S. 187.
- 3 Gerd Neumann: Die ökonomische Entwicklung des RGW. Versuch einer wirtschaftshistorischen Analyse, Bd. 1: 1945 – 1958, Berlin 1980, S. 528.
- 4 Margot Hegemann: Kurze Geschichte des RGW, Berlin 1980, S. 43.
- 5 Manfred Engert/Heinz Stephan: Lexikon RGW, Leipzig 1981, S. 177.
- 6 Hegemann, S. 47.
- 7 Christa Luft: Bilateralität, Multilateralität, Supranationalität und Nationalismus – Verbunde im Vergleich von RGW und EWU, in: IWVWW-Berichte Juli/August 2011, S. 12.
- 8 Zit. In: Hegemann, S. 48.
- 9 Michael C. Kaser (Hrsg.): The Economic History of Eastern Europe 1919 – 1975, Bd. 3, Oxford 1986, S. 4; Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe Since 1945, Houndmills 1998, S. 48 f.
- 10 Detaillierter dazu: Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 189 ff. Swain/Swain, S. 56 ff.
- 11 Engert/Stephan, S. 218.
- 12 Neumann, S. 122 – 163.
- 13 Hegemann, S. 80.
- 14 Neumann, S. 163 – 171.
- 15 Hegemann, S. 333.
- 16 Bruno Leuschner: Die Länder des RGW festigen ihre ökonomische Zusammenarbeit, in: Bruno Leuschner: Ökonomie und Klassenkampf. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1984, S. 525.
- 17 Barry Eichengreen: The European Economy since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond, Princeton/Oxford 2007, S. 140.
- 18 André Steiner u. a.: Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. SBZ/DDR, Bonn 2006, S. 63.
- 19 Siehe Michael Kaser/Wlodzimierz Brus: Institutional Change Within a Planned Economy, in: Kaser, S. 95.
- 20 Siehe Ivan T. Berend: Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 152.
- 21 Statisticeskij ezegodnik stran-clenov Soveta Vzaïmopomoczi 1970, Moskau o. J., S. 45.
- 22 Die große nationale Bedeutung des Siebenjahrplans der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959, S. 12.
- 23 Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950 – 1989. Daten, Methoden, Vergleiche, Köln 2009, S. 67.
- 24 Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 247 ff.
- 25 Kaser/Brus, S. 115.
- 26 Kaser/Brus, S. 116.
- 27 N. S. Chruschtschow: Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in: Einheit 9/1962, S. 3 ff.
- 28 Hegemann, S. 186, 192.
- 29 Ebenda, S. 191.
- 30 Bruno Leuschner: Einige aktuelle Fragen der Zusammenarbeit sozialistischer Länder im RGW, in: Leuschner, Ökonomie, S. 489, 550.
- 31 Zit. In Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963 – 1976, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 154 f.
- 32 Eichengreen, S. 157.
- 33 Zit. in: Thomas Kunze: Nicolae Ceausescu. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 143.
- 34 Jerzy Wilczynski: Das sozialistische Wirtschaftssystem. Grundsätze der zentralen Planwirtschaft in der UdSSR und in Osteuropa unter dem neuen System, Köln 1974, S. 251.
- 35 Ahrens, S. 156.
- 36 Ebenda, S. 114.
- 37 Wilczynski, S. 251.

- 38 Engert/Stephan, S. 83.
 39 Institut für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.), Grunddokumente des RGW, Berlin 1978, S. 47 ff.
 40 Materialien, S. 218.
 41 Ahrens, S. 351.
 42 Kaser/Brus, S. 143 f.
 43 Die Importüberschüsse der DDR betragen 1970 1,3 Mrd., 1980 3,9 Mrd. und 1989 2,0 Mrd. DM. (Jürgen Katalz/Manfred Schidler, Von den Reparationen zum RGW-Lieferanten und zum Schalck-Imperium – der Außenhandel, in: Egon Hölder (Hrsg.): Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, S. 180.
 44 Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentationen und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S. 123 ff.
 45 Jan Vanous: Macroeconomic Adjustment in Eastern Europe in 1981 – 83. Response to Western Credit Squeeze and Deteriorating Terms of Trade With the Soviet Union, in: East European Economies: Slow Growth in the 1980s. Bd. 1: Economic Performance and Policy, Washington 1985, S. 22 ff.
 46 Ahrens, S. 352.
 47 Heske, S. 52, 67.
 48 Wilm F. V. Vanthoor: A Chronological History of the European Union 1946 – 1998, Cheltenham/Northampton 1999, S. 8. Über supranationale Ansätze verfügte die Montanunion.
 49 Vgl. dazu: Philip Bajon: Europapolitik am Abgrund. Die Krise des leeren Stuhls 1965 – 1966, München 2012.
 50 Zit. In: Monika Pilath: Als der Groschen fiel, in: Das Parlament 8-9/2012, S. 5.
 51 Vgl. Werner Abelshausen: Eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2010, S. 39 ff.

Prof. Dr. Heinz Karl

Lenin – aktueller denn je!*

In wenigen Tagen, am 21. Januar, jährt sich zum 90. Male Lenins Todestag – ein Schicksalstag für die Arbeiterbewegung, für den Kampf um den Sozialismus, ja für die Menschheit. Für uns Anlass, der Frage nachzugehen, ob dies nicht ferne Vergangenheit ist, irrelevant für Überlegungen und Entscheidungen heute – oder ob nicht doch Lenin für uns heute viel, viel mehr ist als bloße Erinnerung. Wenige Jahre nach Lenins Tod fasste Wladimir Majakowski in seinem Lenin-Poem die Antwort auf diese Frage in die klassischen Worte: *„Lenin ist heut‘ lebender als die am Leben sind. Er verleiht uns Wissen, Kraft und Waffen.“* Lenins Erben, zu denen ja auch wir uns zählen, kranken an dem Unglück, dass sie wiederholt und in entscheidenden Situationen es nicht vermochten, im Denken und Handeln Lenins Maßstäben gerecht zu werden.

Dabei wurde Lenins Genialität – in Theorie und Praxis -, die ihn als - bis heute – Einzigen an die Seite seiner großen Vorbilder Karl Marx und Friedrich Engels stellt, schon von seinen Zeitgenossen und Mitstreitern klar erkannt und gewürdigt. Clara Zetkin – eine der dazu Berufensten – hob wenige Tage nach seinem Ableben in der „Prawda“ das ihn besonders Auszeichnende hervor: „Lenin war keineswegs in dem Sinne der genialste Schüler von Marx, daß er marxistische Formeln nachbetete, sondern im besten Sinne des Wortes, im Sinne der progressiven und schöpferischen Entwicklung der Marxschen Ideen. Lenin war der größte Marxist der Tat.“¹ Und an anderer Stelle ergänzend: „Lenin war nie der Gefangene seiner Formeln ... und er beugte nie die Kräfte des lebendigen, schöpferischen Lebens unter die Macht von toten Buchstaben.“²

Auf der Gedenksitzung des II. Sowjetkongresses der UdSSR am 26. Januar 1924 betonte sie eine weitere entscheidende Seite seiner Persönlichkeit: „Ein Riese, ragte er über die Knirpse jener bürgerlichen wie reformistischen ‚Realpolitik‘ empor, für die der kleine Tageserfolg der angebetete Götze ist und der Verrat von Grundsätzen der Anfang, das A und O aller Politik. Lenin hat in vorbildlicher Weise gezeigt, wie man Politik macht, ohne aufzuhören, Kommunist zu sein, wie man sich dadurch täglich mit den Massen verbindet und mehr macht als Politik, nämlich Geschichte. Lenin war bei all seinem Glauben an das Endziel der größte, der genialste Realpolitiker aller Zeiten und Länder.“³ Wie wahr – und wie aktuell!

Und der führende englische Kommunist Theodor Rothstein schrieb 1924: „Aber worin Lenin absolut selbständig ist, worin er durchaus keine Vorläufer hat, und worin also die Originalität seines Denkens und die Gewalt seines Willens in der intensivsten Weise zum Ausdruck kamen, das ist die Schöpfung und die Idee des Sowjetstaates.“⁴

1. Lenin über die sozialistische Gesellschaft, insbesondere den sozialistischen Staat

Lenins bedeutendste Leistung als Politiker und Theoretiker bestand wohl darin, dass er – und darauf heben Clara Zetkins und Theodor Rothsteins würdigende Worte vor allem ab – führend voranging bei der Errichtung der sozialistischen Macht und den *tastenden Versuchen*, den *konkreten Weg* zu sozialistischen Umgestaltungen zu finden, dabei ständig die praktischen Erfahrungen verallgemeinernd, die Fehler und Misserfolge offen und produktiv kritisierend. In seinem im August/September 1917, in der Illegalität nach der Niederschlagung der Juli-Demonstration, verfassten Werk „Staat und Revolution“ umriss er – anknüpfend an Marx' Analyse der Pariser Kommune – ein grundlegendes methodologisches Prinzip zur Klärung der Frage, was denn *konkret* an die Stelle der reaktionären bürgerlichen Klassenherrschaft, ihrer Strukturen und ihres Apparates treten sollte: „Ohne sich auf Utopien einzulassen, erwartete Marx von den *Erfahrungen* der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkreten Formen diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen wird ...“⁵ Nicht „Visionen“ und „Utopien“, ideologiegeprägte „Erzählungen“ und abstrakte Gedankenspiele über „Transformationen“ waren Lenins (wie Marx') Ansatz, sondern die historisch-konkrete gesellschaftliche Realität, das Agieren der Massen und deren *reale* Erfahrungen. Diesem Prinzip folgte Lenin auch an *allen* weiteren Wendepunkten der gesellschaftlichen Entwicklung.

Der traditionelle *bürgerliche* Parlamentarismus könne die notwendigen grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen nicht bewirken, nicht *über den Kapitalismus hinaus* führen, denn „die eigentlichen ‚Staats‘geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk‘ hinters Licht zu führen.“⁶ Doch warnt Lenin zugleich davor, sich in anarchistische Sackgassen zu verlaufen: „Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht ...“⁷

Die konkrete Antwort 1917 gaben eben die „*Erfahrungen* der Massenbewegung“, die Sowjets, die Arbeiter- und Soldatenräte, und dies nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland und anderen Ländern.

Bereits in „Staat und Revolution“ traf Lenin die eminent wichtige Einschätzung, dass dieser neue proletarische, sozialistische Staat „bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“⁸ sei. Er knüpfte dabei an die Feststellung von Friedrich Engels an, dass die Pariser Kommune „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“⁹, weshalb Engels es für besser hielt, statt *Staat* lieber von „Gemeinwesen“ zu sprechen. Für besonders wichtige Aspekte dieses neuen, sozialistischen Staates hielt Lenin zum einen die breite Einbeziehung der werktätigen Bürger in seine Tätigkeit, zum anderen die Überwindung der überkommenen bürokratischen Strukturen und *des Bürokratismus*.

Es war eines der schwerwiegendsten Defizite der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, dass es – aus objektiven und subjektiven Gründen – nicht gelang, diesen prinzipiellen, lebenswichtigen Forderungen Lenins gerecht zu werden, dass dieses Defizit mit den Jahren und Jahrzehnten nach Lenins Tod nicht verringert, sondern vergrößert wurde und entscheidend zum Niedergang und Zusammenbruch der Sowjetordnung beitrug. In ihrem bereits zitierten *Prawda*-Artikel vom 24. Januar 1924 unterstrich Clara Zetkin die objektive historische Problematik und zugleich die entscheidende Bedeutung der klaren, realistischen Sicht Lenins auf dieses Dilemma: „Mehr als irgend jemand sah und verstand er die ungeheure historische Tragik der proletarischen Revolution in Rußland, die im Widerspruch zwischen dem leidenschaftlichen revolutionären Willen zum Kommunismus und den zurückgebliebenen objektiven Bedingungen besteht.“¹⁰

Lenin hielt den Anfang der 20er Jahre existierenden sowjetischen Staatsapparat für unfähig, auf *sozialistische* Weise zu arbeiten, *sozialistische Demokratie* zu realisieren. Er kennzeichnete ihn nicht nur als „einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“¹¹, sondern stellte fest, dass der Staatsapparat „vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt“¹² worden sei. 1923 wandte er sich entschieden gegen eine „Konservierung unseres Apparats in derselben geradezu unmöglichen, geradezu unanständigen vorrevolutionären Gestalt, in der er auch heute noch besteht“¹³. Aus diesen Gründen hatte Lenin schon in der *Gewerkschaftsdiskussion* Ende 1920 eingeschätzt, der gegenwärtige Sowjetstaat sei „derart beschaffen, daß das

in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß“, dass der „Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat“¹⁴ notwendig sei.

Lenin führte einen prinzipiellen und angestregten Kampf gegen diese Zustände, weil ihm klar war, dass es hier um die politischen Potenzen der sozialistischen Macht, um das Verhältnis zwischen der Macht und den Massen – um ein *existenzielles* Problem der sozialistischen Entwicklung ging. Ein Höhepunkt dieses Kampfes war die sogenannte *Gewerkschaftsdiskussion* Ende 1920. Sie entsprang daraus, dass sich mit dem Ende des Bürgerkrieges nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die dringende *Notwendigkeit* ergab, mit den *Notlösungen* und Zwangsmaßnahmen des sogenannten „Kriegskommunismus“ Schluss zu machen und zu Beziehungen zwischen dem Staat, den verschiedenen Klassen und Schichten, der Wirtschaft, den Bürgern und ihren Organisationen zu kommen, die den sozialistischen Prinzipien und der Sowjetverfassung voll gerecht werden. Das betraf insbesondere auch die Gewerkschaften.

Die Debatte entzündete sich besonders daran, dass Leo Trotzki vorschlug, die Gewerkschaften „durchzurütteln“ und zu „militarisieren“. Als Sache der Gewerkschaften betrachtete er *nicht* den Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse¹⁵, den „Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ...“, sondern um die Arbeiterklasse zu Produktionszwecken zu organisieren, zu erziehen, zu disziplinieren, zu verteilen ...“¹⁶ Gefragt seien nicht mehr „Gewerkschaften des tradeunionistischen Typus“, sondern „die gewerkschaftlich-produktionelle Organisation der Arbeiterklasse“¹⁷ nach dem Vorbild der 1919/1920 zeitweilig in *Arbeitsarmeen* umgewandelten Verbände der Roten Armee¹⁸. Diese Aufgabenstellung wurde verbunden mit bürokratisch-zentralistischen Vorstellungen vom System und den Methoden der Leitung.

Lenin setzte sich mit Trotzki Konzept prinzipiell auseinander, kritisierte es als „eine Politik des bürokratischen Herumzerrrens an den Gewerkschaften“¹⁹. Dem Wesen nach ginge es um „die Methoden des *Herangehens* an die Massen, der Gewinnung der Massen, der *Verbindung* mit den Massen“²⁰. Es setzte sich die Leninsche Orientierung durch, „in den Arbeiterorganisationen den Demokratismus (zu) erweitern“ und „dem Kampf gegen den Bürokratismus größte Aufmerksamkeit (zu) zuwenden“²¹.

2. Lenin über das Partei-Problem

Eine der bedeutendsten Leistungen Lenins ist seine Weiterentwicklung der marxistischen Parteitheorie unter den Bedingungen des Imperialismus und des Kampfes um dessen revolutionäre Überwindung. 70 Jahre Realsozialismus – des bisherigen Höhepunkts gesellschaftlicher Entwicklung – sind ohne dem nicht denkbar. Heute, da die Entwicklung des subjektiven Faktors offenkundig mehr denn je zuvor das zentrale Problem des Kampfes um den gesellschaftlichen Fortschritt ist, ist eine dialektische, historisch-materialistische Sicht auf das Partei-Problem im Sinne Lenins von existenzieller Bedeutung. Zugleich wird wohl kein Bestandteil der Leninschen Theorie so missverstanden und missdeutet – und zwar von den verschiedensten Seiten - wie sein Parteikonzept.

Die Begründung der Konzeption der *Partei neuen Typus* in „Was tun?“ (und anderen Arbeiten) und ihre Verfechtung auf dem II. Parteitag der SDAPR 1903 dürften wohl als unumstritten gelten. Die relativ kleine, *konspirative* Partei mit der besonderen Rolle der *Berufsrevolutionäre* war unter den konkreten Kampfbedingungen das allein Gegebene. Aber sie war nicht *das* (alleinige) Leninsche Parteikonzept. Bereits mit dem Aufschwung der Revolution im Herbst 1905 erwies sie sich als überholt. Und Lenin reagierte sofort. In seiner Artikelserie „Über die Reorganisation der Partei“²² orientierte er auf die Schaffung einer *Massenpartei* mit breiter innerparteilicher Demokratie und weitestgehend legal wirkend.

Wie schon seit dem II. Parteitag plädierte Lenin noch ein weiteres halbes Jahrzehnt für ein effektives Wirken als organisierte *Fraktion* in einer einheitlichen sozialistischen Partei, in Bündnissen mit anderen Parteiströmungen wie der lettischen und der polnischen Sozialdemokratie und den „parteitreuen Menschewiki“ um Plechanow. (Mit Ausnahme des Jahres nach dem IV. Parteitag, 1906/1907, hatten die Bolschewiki und ihre Verbündeten im ZK die Mehrheit.) Ein für Lenin immer wesentlicher Faktor war die Einstellung der Parteimitglieder und der parteilosen Arbeiter zu dieser Problematik. Die Entscheidung für die *selbstständige bolschewistische Partei*

fiel erst im Zusammenhang mit dem Überhandnehmen des Liquidatorentums unter den nicht-bolschewistischen Strömungen – bis dahin ist sie niemals ein angestrebtes Ziel gewesen. Im Unterschied zu früheren Jahrzehnten dürfte diese Seite der Tätigkeit Lenins heute größeres Interesse beanspruchen. Die damalige Situation der revolutionären Marxisten, der Bolschewiki, in einer sozialistischen Partei mit mehreren um politischen Einfluss konkurrierenden Richtungen ähnelt den heutigen Verhältnissen in einer Reihe von Ländern, auch in Deutschland. Lenins erfolgreiche Politik unter diesen Bedingungen, realisiert in ständiger Auseinandersetzung mit Tendenzen opportunistischer Anpassung und sektiererischer Enge, kann viele Anregungen für das Umgehen mit heutigen Problemen geben.

Von Gewicht für Lenins Parteauffassung ist seine Aussage im „Linken Radikalismus“ (Mai 1920), „daß die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie der Partei *am nächsten* kam, wie sie das revolutionäre Proletariat braucht, um siegen zu können.“²³ Und dies auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Zentrismus! Diese Aussage spricht recht bestimmt dafür, dass Lenin – bei entsprechenden Bedingungen – als anzustrebende Parteivariante offenbar eine Massenpartei, demokratisch aufgebaut und ihre Angelegenheiten regelnd, mit anderen Arbeiterorganisationen fest verbunden, in aller Öffentlichkeit wirkend, betrachtete.

Viele Jahrzehnte wurde die Erörterung der Partei-Problematik auf dem X. Parteitag im März 1921, der – wie Lenin in seiner Schlussrede sagte - „in einem außerordentlich schicksalsschweren Augenblick unserer Revolution zusammengetreten ist“²⁴, mehr oder weniger isoliert anhand der Resolution über die Einheit der Partei dargestellt, deren gravierendster letzter Punkt erstmals 1924 veröffentlicht wurde. Diese Resolution, die ein *Ausnahme-Beschluss* in einer *Ausnahme-Situation* war, wurde später von Stalin zur Begründung seiner Terrormaßnahmen missbraucht und manipulativ als eine Art Leninsches Vermächtnis in punkto Partei ausgegeben. Völlig in den Hintergrund gedrängt wurde die ausführliche *grundsätzliche* Resolution des Parteitages „Über den Parteaufbau“, die eine allseitige und weit in die Zukunft weisende Darlegung der Rolle und der Aufgaben der Partei beim sozialistischen Aufbau gibt. Die beiden einleitenden Thesen widerspiegeln das dialektische Herangehen Lenins an die Problematik und sind von programmatischer Bedeutung.

„1. Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt das Suchen nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Organisationsform der Partei und gleichermaßen das Suchen nach solchen Arbeitsmethoden prinzipiell ab. Im Gegenteil, die Organisationsform und die Arbeitsmethoden werden ganz und gar von den Besonderheiten der gegebenen historischen Situation und von jenen Aufgaben bestimmt, die sich unmittelbar aus dieser Situation ergeben.

2. Von diesem Standpunkt aus ist es klar, daß sich jede Organisationsform und die entsprechenden Arbeitsmethoden bei einer Veränderung der objektiven Entwicklungsbedingungen der Revolution aus Formen der Entwicklung der Parteiorganisation in Fesseln dieser Entwicklung verwandeln können ...“²⁵

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Wirkens Lenins ist die *Formierung der Kommunistischen Internationale*, des organisatorischen Rahmens für die Herausbildung und Entwicklung revolutionärer, marxistischer Parteien in vielen Ländern der Welt, für den Prozess der revolutionären Erneuerung der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Verbindung mit den nationalen Befreiungsbewegungen der vom Imperialismus unterdrückten Völker und anderen demokratischen, insbesondere antifaschistischen Bewegungen. Lenins Initiative zur Gründung der KI im Frühjahr 1919 – ideologisch und politisch vorbereitet seit 1915! – erfolgte keineswegs verfrüht (wie seinerzeit etwa Rosa Luxemburg und Leo Jogiches meinten), sondern zur rechten Zeit. Zerfahrenheit und Autoritätsverlust der Opportunisten/Sozialchauvinisten hatten ihren Höhepunkt erreicht und überschritten. Die Berner Konferenz Anfang Februar 1919 zeigte sowohl deren Bestreben zur Konsolidierung als auch, dass die Zentristen sich völlig in ihrem Schlepptau befanden. Jedes Zögern hätte ihnen Vorschub geleistet und desorientierend gewirkt. Der Gründungskongress Anfang März 1919 vereinte naturgemäß erst wenige Parteien und Gruppierungen, aber der II. Kongress im Juli/August 1920 bot bereits ein völlig anderes Bild und dokumentierte die Rolle des Gründungsaktes als Initialzündung und Katalysator.

Lenin war bemüht, den sich herausbildenden kommunistischen Parteien vor allem drei Grundorientierungen zu vermitteln. Zum ersten die Einsicht, dass es ohne die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten keinen erfolgreichen Kampf um die Macht, für den Sozialismus geben könne. „Wer nicht versteht, daß wir ... die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist für die kommunistische Bewegung verloren, der wird niemals etwas lernen“²⁶, bekräftigte er auf dem III. Weltkongress 1921. Zum zweiten betonte Lenin immer wieder, dass eine erfolgreiche kommunistische Politik nicht nur im Kampf gegen den rechten Opportunismus, sondern zugleich in prinzipieller Auseinandersetzung (mitunter bis zum organisatorischen Bruch!) mit Sektierertum, abenteuerlichem „Linksradikalismus“ und putschistischen Tendenzen durchgeführt werden könne. Diese beiden Aspekte waren die Grundpfeiler der noch unter Führung Lenins eingeleiteten Einheitsfrontpolitik und der von ihr ausgehenden Volksfrontpolitik, denen die kommunistischen Parteien ihre Erfolge *vor allem* zu verdanken hatten.

Zum dritten erkannte Lenin rasch die Gefahr einer mechanischen Übernahme, eines blinden Kopierens bolschewistischer taktischer, organisatorischer, ideologischer Maximen ohne Berücksichtigung nationaler (historischer, sozialer) Spezifik. Zum Beispiel übte er auf dem IV. Weltkongress 1922 prinzipielle Kritik an der vom III. Kongress verabschiedeten Resolution über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit, „weil sie durch und durch von russischem Geist durchdrungen ist“, damit habe man „einen großen Fehler gemacht“²⁷.

Lenins parteitheoretische Vorstellungen sind heute, angesichts des Zurückbleibens des subjektiven Faktors, wichtiger denn je. Am wichtigsten ist dabei wohl Lenins Drängen auf die unbedingte Beachtung der konkreten historischen Bedingungen und der nationalen Spezifik. Die Schwierigkeit scheint mir gegenwärtig – und besonders in Deutschland – vor allem darin zu bestehen, dass die Formierung, das Reifen des subjektiven Faktors sich heute anders gestaltet als in der Vergangenheit. Damals ging es um die Herausbildung *einer* revolutionären *Partei*, die die anderen Kräfte (als Einheitsfront- und Bündnispartner) um sich sammelt. Kreise, die dieses Altgewohnte heute in Deutschland wollen (wie die „Kommunistische Initiative“ und ähnliche Gruppierungen), bewirken das Gegenteil – sofern es sich nicht sogar um bewusste „falsche Propheten“ handelt. Selbstverständlich steht heute nicht – wie etwa in den ersten Jahren nach 1945 – die Frage nach Vereinigung *aller* den Sozialismus erstrebenden, auf dem Boden des Marxismus stehenden Kräfte in *einer* Partei. Sie doktrinär auf die Tagesordnung zu setzen wäre kontraproduktiv, ja schädlich, würde objektiv nicht zusammenführend, sondern spaltend wirken.

Zeitgemäß und notwendig sind alle Bemühungen um gemeinsame Aktivitäten, um die Anbahnung einer kontinuierlichen, stabilen Zusammenarbeit antikapitalistischer Kräfte – als wichtigster Teil des breiten, sehr heterogenen linken Spektrums (Gewerkschaften, soziale und Friedensbewegungen, kommunale und kulturelle Initiativen und solche gegen Rechts usw.). In diesem Rahmen sehr wünschenswert und wichtig sind der Dialog und die Koordinierung unter den sich am Marxismus orientierenden Kräften der Partei DIE LINKE, der DKP und anderer. Während es zum Beispiel 1945/46 um die (Wieder-) Vereinigung der Partei ging, geht es heute im Grunde um die Wiederbelebung und Aktivierung der besten Traditionen marxistischer Einheitsfrontpolitik. Bei all dem können Ausgangspunkt allein die Kampferfahrungen *unserer Tage* sein! Ihnen historische *Analogien* „aufzupropfen“ wäre ausgesprochen schädlich!

3. Lenin und die NÖP

Mit der Konzipierung und praktischen Durchführung der NÖP wies Lenin den konkreten Weg zur Stabilisierung der Sowjetmacht und zum schrittweisen Aufbau einer funktionierenden sozialistischen Wirtschaft. Bestrebungen in dieser Richtung hatten bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution eingesetzt und ließen Konturen einer auf den Übergang zum Sozialismus gerichteten Wirtschaftspolitik erkennen. Mitte November 1917 begründete Lenin die Einführung der Arbeiterkontrolle in allen wirtschaftlichen Unternehmen, Mitte Dezember die Nationalisierung der Banken. In seiner im Mai 1918 erschienenen Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ betonte er, dass es jetzt um die tatsächliche Leitung, Beherrschung der Volkswirtschaft gehe, letztlich um den „Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem

Kapitalismus“²⁸. Schwerpunkte dabei seien eine strikte Rechnungsführung und Kontrolle, die Verbesserung der Arbeitsorganisation und Hebung der Arbeitsdisziplin. Dies sei nur bei umfassender Einbeziehung der bürgerlichen Spezialisten (mit entsprechenden materiellen Anreizen) möglich und schließe auch die Ausnutzung von Kapitalisten ein, die ja der Kontrolle der Sowjetmacht unterlägen. Dies sei „ein Kompromiß“, bedeute „*einen Schritt zurück*“²⁹, sei aber unvermeidlich.

Die Entfesselung des Bürgerkrieges durch die bürgerliche Konterrevolution, teils offen, teils objektiv unterstützt durch die Sozialrevolutionäre, Menschewiki und Anarchisten, und die militärische Intervention der imperialistischen Mächte versetzten die Sowjetrepublik in einen faktischen Ausnahmezustand, in dem keine normale Wirtschaftstätigkeit möglich war, eine permanente Ernährungs Krise herrschte und nur Zwangsmaßnahmen (vor allem zur Lebensmittelversorgung) den Zusammenbruch verhindern konnten. Als im November 1920 die imperialistische militärische Intervention abgewehrt war, sah Sowjetrußland sich mit drei gravierenden Problemen konfrontiert: einer völligen Zerrüttung der Industrie, des Handels und des Transportwesens nach mehr als sechs Jahren Krieg und Bürgerkrieg; einer Hungersnot als Folge einer schweren Missernte 1920; der notwendigen Demobilisierung von Millionen Angehörigen der Roten Armee. Hauptproblem war die Situation der Bauernschaft – die ökonomisch die Hauptlast des Bürgerkrieges getragen hatte –, wie Lenin sie in einer Rede am 4. Februar 1921 schilderte: „Die Bauern sind in diesem Winter in eine ausweglose Lage geraten, und ihre Unzufriedenheit ist verständlich. Laßt uns die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern überprüfen.“³⁰ Diese Situation gefährdete akut das Bündnis von Arbeitern und Bauern – die Grundlage der Sowjetmacht. Zugleich war die Aufrechterhaltung und Steigerung der Lebensmittelproduktion durch die Bauern die Schlüsselfrage des gesamten Wirtschaftslebens.

Wichtigste Maßnahme der vom X. Parteitag im März 1921 eingeleiteten NÖP war die Ersetzung der bisherigen Ablieferungspflicht für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch eine *Naturalsteuer*, verbunden mit einer Senkung des bäuerlichen Steueraufkommens und der Berechtigung der Bauern, ihre überschüssigen Produkte auf den freien Markt zu bringen. Dies führte in der Folge zu einer erheblichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion für den Markt. Von prinzipieller Bedeutung ist, dass Lenin die Naturalsteuer nur als eine *Übergangsmaßnahme* betrachtete, dass er betonte, „daß wir dahin gelangen wollen und müssen, daß die bäuerlichen Produkte dem Arbeiterstaat ... nicht als Steuer geliefert werden, sondern im Austausch gegen alle Erzeugnisse, die die Bauernschaft braucht“, dass „allein als richtig erscheint ...: Austausch von Erzeugnissen der sozialistischen Großbetriebe gegen Produkte der bäuerlichen Wirtschaft“³¹ – d. h. die Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen als unabdingbares Element des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft. In einer Rückschau auf die Erfahrungen der vier Jahre seit der Oktoberrevolution betonte Lenin im Oktober 1921 in der *Prawda* die Rolle „des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ im sozialistischen Aufbau. „Persönliche Interessiertheit hebt die Produktion, was wir vor allem und um jeden Preis brauchen, ist die Steigerung der Produktion.“³² Auch in diesem Artikel, wie zuvor auf dem III. Weltkongress der KI, verwies Lenin – wie schon im Frühjahr 1918 – auf die Ausnutzung staatskapitalistischer Formen.³³

Gegen welche dogmatischen Mauern in den Köpfen Lenin in seinem Ringen um eine den realen historischen Bedingungen entsprechende Strategie und Taktik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus anzurennen hatte, zeigte beispielsweise die Reaktion Paul Levis auf den Übergang zur NÖP. Dieser erblickte in der *unumgänglichen* Ausnutzung der persönlichen Interessiertheit die Preisgabe des sozialistischen Ziels und lamentierte: „Womit sollen die deutschen Arbeiter Stinnes bekämpfen, wenn er ihnen ... Lenin vorliest: ‚Die persönliche Interessiertheit hebt die Produktion.‘“³⁴ Die politisch und ökonomisch *alternativlose* Entlastung der Bauern interpretierte er als Umorientierung von der Arbeiterklasse auf die (Mittel-) Bauernschaft als Klassenbasis der Macht und Preisgabe der Diktatur des Proletariats.³⁵

Für die Suche nach *gangbaren Wegen* des Übergangs zum Sozialismus sind auch die Gedanken bedeutungsvoll, die Lenin 1923 in einer seiner letzten Schriften, „Über das Genossenschaftswesen“, äußert, in denen er der *genossenschaftlichen* Organisation und Kooperation der Arbeiter und Bauern eine fundamentale Rolle in der Struktur der sozialistischen Gesellschaft zumisst. So charakterisiert er diese als „ein System zivilisierter Genossenschaftler bei

gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln³⁶ unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Interessant auch sein Hinweis: „Um aber durch die NÖP die Beteiligung ausnahmslos der gesamten Bevölkerung an den Genossenschaften herbeizuführen, dazu bedarf es einer ganzen geschichtlichen Epoche.“³⁷ Offensichtlich war Lenin der Ansicht, dass die NÖP ein *längerfristiger* Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus sei. Sie stimmt mit der Erfahrung überein, dass der vorzeitige Abbruch der NÖP, bevor sie ihre volle Wirkung entfalten konnte, ein schwerwiegender, die Entwicklung der Sowjetunion hemmender Fehler war. Welche enormen Potenzen das Leninsche Konzept der NÖP hat, bewies die Entwicklung der Volksrepublik China in den letzten Jahrzehnten.

4. Lenin und Stalin

Über das Verhältnis Stalins zu Lenin gibt es recht unterschiedliche Auffassungen. Bis 1953 war Stalin der „Lenin von heute“. Sozusagen reziprok hat ein früherer DDR-Historiker vor einigen Jahren seiner Lenin-Biographie den Titel verpasst: „Lenin. Vorgänger Stalins“, nachdem er schon 1990 Lenin Stalin die Knute in die Hand geben ließ. Es ist dies aber der schon seit vielen Jahrzehnten dominierende Standpunkt der bürgerlichen Historiographie und deshalb keiner Erörterung wert. Stalin hat sich immer als der beste und treueste Schüler Lenins und Fortsetzer seines Werkes ausgegeben. Vielleicht war er tatsächlich dieser Überzeugung, aber das war dann ein Irrtum. Das zeigt jedenfalls eine Analyse seiner Arbeiten, obgleich Stalin seine Positionen stets in Form einer Propagierung und Popularisierung, ja Verteidigung Leninscher Gedanken darlegte.

Typisch dafür war Stalins bekannte Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“, die nach Lenins Tod 1924 erschien. Das spezifisch Stalinistische dieser Darlegungen, das unmerklich Eingang in die Vorstellungen vieler Leser fand, lag darin, dass Lenins Gedanken verengt, teilweise einseitig und mit Akzentverlagerungen wiedergegeben bzw. interpretiert wurden. Hatte Lenin in seinen Ausführungen über die Partei die Fragen der Parteistruktur, namentlich der Parteidisziplin, vorrangig als ideologisches Problem, die Einheit der Partei vor allem als Problem ihrer richtigen Politik, ihres richtigen Verhältnisses zu den Massen, die verbindlich gefassten Beschlüsse als Fazit intensiver, offener Diskussion in der Partei behandelt, so las sich dies – obwohl es nicht in Zweifel gezogen wurde – bei Stalin schon anders. Das Schwergewicht wurde auf den Zentralismus, auf die organisatorischen Hebel, auf die Disziplin an und für sich, auf die Sicherung der ideologisch-politischen Einheit der Partei nicht durch ideologische Auseinandersetzungen, sondern durch organisatorische Maßregelungen gelegt. Die Massenorganisationen wurden zu „Hilfsorganen und Transmissionsriemen“ der Partei degradiert. Ebenso wurde bei der Behandlung der Diktatur des Proletariats deren Unterdrückungsfunktion und die Rolle der Gewalt erläutert, während die Fragen der Demokratie – denen Lenin sich immer stärker zugewandt hatte – kaum Beachtung fanden. In den Betrachtungen zur Strategie und Taktik schließlich wird schon direkt die antileninistische Auffassung vertreten, der strategische Hauptschlag habe sich nicht gegen den Hauptklassenfeind, sondern auf die Isolierung der Zwischenkräfte, der „Paktierer“ zu richten.

Stalin deformierte die Partei, funktionierte sie aus einer politischen Vorhut in einen Machtapparat mit bürokratisch-zentralistischer Struktur um. In der Zeit von 1924 bis 1927 wurde die innerparteiliche Diskussionsfreiheit liquidiert. Von der von Stalin vertretenen Linie sich unterscheidende Meinungen wurden fortan als parteifeindliche Abweichungen betrachtet. Alle Entscheidungsfindungen wurden maximal zentralisiert. Die territorialen und Grundorganisationen der Partei wurden immer mehr zu bloßen ausführenden Organen degradiert. Zum eigentlichen Entscheidungsträger wurde immer mehr der sich ausbreitende Parteiapparat mit dem Generalsekretär an der Spitze. Enorme negative Auswirkungen hatte es, dass seit Ende 1923 das Politbüro des ZK nicht mehr als Kollektiv funktionierte, sondern seine Entscheidungen durch enge Führungszirkel, in denen Stalin immer mehr den Ausschlag gab, manipuliert wurden. Ende 1923 wurde Trotzki isoliert, 1925 Kamenew und Sinowjew, 1928/29 Rykow, Bucharin und Tomski. Seit 1929 gab Stalin allein den Ausschlag, seit 1930 gab es im Politbüro nur Stalin ergebene Funktionäre.

Dieser das Leninsche Parteikonzept völlig negierende Zustand wurde auch durch den Personenkult gefestigt, der seit dem 50. Geburtstag Stalins 1929 grassierte. Gesichert wurde Stalins Diktator-Position durch die seit 1936 systematisch betriebene physische Vernichtung der alten Garde der Bolschewiki. Von denen, die noch gemeinsam mit Lenin dem Politbüro angehört hatten, überlebte außer Stalin nur Kalinin, die übrigen sechs wurden auf Veranlassung Stalins ermordet. Das Ergebnis dieser Entwicklung war, dass die KPdSU (B) als ein großes schöpferisches Kollektiv zur Gestaltung der Politik – das sie zu Lenins Zeiten war – faktisch liquidiert wurde.

Mit der Deformation der Partei unlöslich verbunden war die stalinistische Deformation des Sowjetstaates. Statt der von Lenin anvisierten immer breiteren Entwicklung der Sowjetdemokratie wurden die Sowjets zu einer bloßen Kulisse degradiert, die Gewerkschaften – von Lenin als Interessenvertreter der Werktätigen auch gegenüber dem Sowjetstaat betrachtet – und die anderen Massenorganisationen zu simplen „Transmissionsriemen“ der Partei. Die ganze reale Macht lag – im Gegensatz zur Sowjetverfassung und zum Parteiprogramm – nicht bei den Sowjets, sondern beim Staatsapparat, d. h. bei dessen mit der Parteiführung verfilzten Kommandohöhen. Dieses Demokratiedefizit wurde dadurch verschärft, dass die Partei faktisch den Sowjetstrukturen übergeordnet wurde und Stalin als wirklicher Partei-*Chef* damit auch staatlicher Diktator wurde.

Die gravierende Diskrepanz zwischen Lenin und Stalin in Theorie und Praxis ist unübersehbar.

Die Stalinschen Deformationen – Abweichungen von Lenins Grundpositionen und perspektivischen Vorstellungen – führten in eine Sackgasse. Dies wurde Mitte der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts offenkundig und der XX. Parteitag der KPdSU 1956 stellte sich dieser Problematik. Er leitete erste Korrekturmaßnahmen ein, zu weiteren, grundlegenden aber fehlte die Konsequenz. Eine wirkliche Wiederherstellung des Leninschen Kurses wurde nicht erreicht, die tiefgreifenden Defizite und Fehlentwicklungen nicht überwunden.³⁸ Die Folge war eine langjährige Stagnation, die in den 80er Jahren in eine offene Gesellschaftskrise umschlug. Eine diesen negativen Entwicklungen entspringende opportunistische Politik lähmte und zersetzte die kommunistische Partei und führte zum Zusammenbruch der realsozialistischen Ordnung.

Das schließliche Fiasko war nicht das Ergebnis der Realisierung der Leninschen Ideen, sondern ihrer Simplifizierung, Entstellung und Missachtung. Ihre konsequente Anwendung und Verwirklichung hatte welthistorische Erfolge gezeitigt.³⁹ Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatte vor allem Palmiro Togliatti eine von *Leninschem Geist* geprägte Einschätzung der Lage und entsprechende Schlussfolgerungen vorgetragen⁴⁰, die eine Lösung der Probleme und weiteres Voranschreiten gewährleistet hätten, aber mehrheitlich abgelehnt wurden. Auch künftig wird es ohne Beherzigung und schöpferische Weiterentwicklung der Leninschen Ideen keinen erfolgreichen Kampf für den Sozialismus und die Zukunft der Menschheit geben.

Anmerkungen

* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 16. Januar 2014.

1 Clara Zetkin: Für die Sowjetmacht. Artikel, Reden und Briefe 1917 – 1933, Berlin 1977, S. 340.

2 Ebenda, S. 396.

3 Ebenda, S. 348/349.

4 T. Rotstein: Der Schöpfer des Sowjetstaates. In: Lenin! Reden und Aufsätze über Lenin 1924, Neuss 1989, S. 122.

5 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1969, S. 430.

6 Ebenda, S. 436.

7 Ebenda, S. 437.

8 Ebenda, S. 477.

9 Ebenda, S. 453/454; Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 6.

10 C. Zetkin: Für die Sowjetmacht, S. 341.

11 Lenin, Bd. 32, Berlin 1961, S. 32.

12 Ebenda, Bd. 36, Berlin 1962, S. 591.

13 Ebenda, Bd. 33, Berlin 1962, S. 470.

14 Ebenda, Bd. 32, S. 7.

15 Ebenda, S. 6.

16 Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, Berlin (1990), S. 131.

17 Ebenda, S. 155.

18 Vgl. ebenda, S. 138/139, 144, 154.

- 19 Lenin, Bd. 32, S. 26.
 20 Ebenda, S. 5.
 21 Ebenda, S. 95.
 22 Ebenda, Bd. 10, Berlin 1958, S. 13 – 23.
 23 Ebenda, Bd. 31, Berlin 1959, S. 18.
 24 Ebenda, Bd. 32, S. 270.
 25 Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. III, als Ms. gedr., Berlin 1957, S. 166.
 26 Lenin, Bd. 32, S. 493.
 27 Ebenda, Bd. 33, S. 426.
 28 Ebenda, Bd. 27, Berlin 1960, S. 238.
 29 Ebenda, S. 239.
 30 Ebenda, Bd. 32, S. 103.
 31 Ebenda, S. 296/297.
 32 Ebenda, Bd. 33, S. 38/39.
 33 Ebenda, S. 38; Bd. 32, S. 515.
 34 Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Berlin (1990), S. 231.
 35. Vgl. ebenda, S. 217 u. 221.
 36 Lenin, Bd. 33, S. 457.
 37 Ebenda, S. 456.
 38 Vgl. H. Karl: Marxistische Geschichtswissenschaft – Leistungen und Aktualität, in: GeschichtsKorrespondenz, Oktober/November 2013, S. 30/31.
 39 Vgl. ebenda, S. 27 – 29.
 40 Vgl. Palmiro Togliatti: Interview über die vom XX. Parteitag der KPdSU gestellten Probleme, in: GeschichtsKorrespondenz, Januar 2012, S. 8 – 30.

Veranstaltungen des Arbeitskreises, Juni – Dezember 2014

- | | |
|----------------------------|--|
| Donnerstag,
26. Juni | Der 20. Juli 1944
Einführung: Dr. Günter Wehner |
| Sonnabend,
6. September | 49. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
<i>1939. Ursachen und Folgen</i>
Vorträge:
Generalmajor a. D. Hans-Werner Deim: Die Sowjetunion als militärischer Faktor in den 30er und Anfang der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts.
Prof. Dr. Eckart Mehls: Polen zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion 1933 bis 1939.
N. N.: Das Ringen um die Eröffnung der Zweiten Front 1942 – 1944.
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte „Undine“, Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)
Beginn: 11.00 Uhr |
| Donnerstag,
9. Oktober | Von Gorbatschow zu Putin, Russland heute
Einführung: Bruno Mahlow |
| Sonnabend,
18. Oktober | 50. Konferenz des Arbeitskreises und seiner Partner:
<i>Die I. und die II. Internationale – Erfahrungen und Lehren</i>
Vorträge:
N. N.: Der historische Platz der I. Internationale.
Prof. Dr. Heinz Niemann: Krise und Zusammenbruch der II. Internationale.
Prof. Dr. Heinz Karl. Notwendigkeit und Dringlichkeit der Gründung der III. Internationale.
Tagungsort: wie am 6. September
Beginn: 11.00 Uhr |
| Donnerstag,
6. November | 1989 – eine „friedliche Revolution“?
Einführung: Prof. Dr. Siegfried Prokop |

Donnerstag, Erinnerungen an den Außerordentlichen Parteitag der SED, Dezember 1989
4. Dezember Einführung: Ellen Brombacher

Die Donnerstag-Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im "*Bildungsverein am Kreuzpfuhl*", Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24 (Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030/6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030/9866574